

Modul 1

Rechtsordnung

Grundprinzipien des nationalen Rechtssystems

Das Rechtssystem (Rechtssystem) ist die Summe aller geltenden Rechtsnormen innerhalb eines bestimmten Zeitraums im Hoheitsgebiet dieses Staates. Rechtliche Standards werden in einer breiten Einheit zusammengefasst, je nachdem, wie sie sich auf Beziehungen beziehen und was das Thema betrifft. Die allgemeinste Einteilung des Rechtssystems ist die Einteilung in Privatrecht und öffentliches Recht. Diese Abteilung hat seit dem Jahr 2014, in dem das neue Zivilgesetz (das neue Zivilgesetzbuch) eine Grundverordnung für alle Rechtsbereiche des Privatrechts enthält, eine entscheidende Bedeutung erlangt.

Die Rechtsnormen sind nach dem Verfassungs-, Familien-, Straf-, Arbeits-, Zivil-, Handels-, Verwaltungs- und Finanzrecht in mehrere Sektoren unterteilt. Die Rechtsquellen sind die Formen, in die das Gesetz eintritt. Die Rechtstheorie unterscheidet zwischen den beiden Rechtsgruppen aus der Zeit des römischen Rechts:

Privat: dessen vorrangiges Anliegen der Schutz des Interesses des Einzelnen ist, sind geregelte soziale Beziehungen auf der Grundlage der Gleichheit der Beteiligten, dazu gehört das Recht auf Bürger-, Familien- und Geschäftsbeziehungen

Öffentlich: umfasst Regelungen, die zugunsten der gesamten Gesellschaft erlassen werden, die von den Staatsverhältnissen regiert wird, in denen der Staat als übergeordneter Teilnehmer auftritt, der Machthaber (Behördenstaat) gegen Untergebene wie verfassungsrechtliche, kriminelle, administrative, finanzielle

Es gibt keine genaue Grenze zwischen öffentlichem und privatem Recht - wir können dazu beispielsweise das Arbeitsrecht hinzufügen.

Das Verfassungsrecht ist eine Säule des Rechts. Es ist Teil des öffentlichen Rechts. Es regelt hauptsächlich

- Werte und Prinzipien, die das Wesen der Staatsgewalt bestimmen (Republik, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit usw.)
- die Struktur der staatlichen Organe und ihre Funktionen (Status des Parlaments, der Regierung, der Gerichte, des Präsidenten usw.)
- territoriale Organisation, Status der Gemeinden,
- Auseinandersetzung mit nationalen Fragen, dem Status von Minderheiten, dem Status eines Bürgers (Bürgerstatus, Bürgerrechte, Grundrechte und -freiheiten, Verpflichtungen der Bürger)

-Grundsätze der Außenpolitik, Position in der internationalen Gemeinschaft.

Die Erstellung und Anwendung von Rechtsvorschriften kann immer noch in einem einzigen Staat geteilt sein. Das ist vor allem wahr, wenn der Staat föderal aufgebaut ist. Die Tschechoslowakei war auch eine Föderation zwischen 1969 und 1992. Zu dieser Zeit hatte die Tschechoslowakei ihre eigenen Körper, die Slowakei hatte ihre Körper und die Bundesorgane waren ihnen überlegen. Zu dieser Zeit existierten die Tschechische Nationalversammlung, die Slowakische Nationalversammlung und die Bundesversammlung. Die Bundesversammlung verabschiedete Regelungen zu den Grundfragen des Funktionierens des Staates, während die einzelnen nationalen Behörden ihre eigenen Angelegenheiten klärten.

Dies war zum Beispiel auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik zur Zeit der Existenz Österreich-Ungarns der Fall (Schaffung des Dualismus: 1867). Da war zunächst die Habsburger Verfassung - Österreich, wo die Ungarn wie die Tschechen eine Nation waren. Im Gegensatz zu den Tschechen haben die Ungarn jedoch den Ursprung des Dualismus gefunden. Das bedeutet, dass die Monarchie Österreich-Ungarn genannt wurde: Es war offensichtlich, dass Ungarn seine eigenen Angelegenheiten ändern wollte. Daher wurden einige Fragen im Zusammenhang mit der Verteidigungspolitik, militärischen Fragen und ähnlich wichtigen Fragen auf Bundesebene behandelt, aber andere gemeinsame Fragen wurden insbesondere von den österreichischen und ungarischen Gesetzgebern behandelt.

Eine ähnliche Aufteilung hat es in der Zeit der tschechoslowakischen Föderation gegeben, (Name) ČSFR galt erst ab 1989, d. h. dem Titel wurde seit dem Sturz des Totalitarismus ein "föderatives" Attribut gegeben, aber das heißt nicht, dass vor 1989 keine Föderation gab – es ist nicht wesentlich, ob es im Titel stand – der Name vor 1989 war regiert durch ideologische).

Der Charakter des Tschechischen Staates fasst den ersten Artikel der Verfassung der Tschechischen Republik zusammen und erklärt, dass die Tschechische Republik ein demokratischer, souveräner, einheitlicher und legaler Staat ist. Gleichzeitig bedeutet das demokratische Attribut, dass die öffentliche Macht durch Vertreter ausgeübt wird, die bei freien Parlamentswahlen gewählt werden. Die Tatsache, dass der Staat souverän ist, bedeutet, dass die tschechischen Behörden nicht die Souveränität eines internationalen Gremiums haben können. Die Tschechische Republik ist ein vereinigter Staat, weil sie nicht nach einer föderalen Vereinbarung aufgeteilt ist. Schließlich bedeutet der Rechtsstaat, dass die staatlichen Behörden das Gesetz einhalten müssen. Sie müssen das Gesetz regeln, nicht die spezifischen Behörden oder Beamten und ihre Interessen (Tatsache ist, dass die diktatorischen Regime in der Geschichte auch versucht haben, die Regierung des Gesetzes zu beeindrucken, aber in Wirklichkeit wurden das Gesetz und die Gerichte stark missbraucht, um politische Interessen zu verwirklichen). In der Geschichte war es jedoch in einigen Phasen wahr, dass der Souverän nicht auf

irgendjemanden beschränkt war (manchmal Gott, aber manchmal wird die Souveränität Gottes identifiziert) oder nichts.

Ein Teil der Rechtsordnung oder die einzelnen Rechtszweige sind auch Rechtsgrundsätze = bestimmte Regeln. Die Rechtsgrundsätze sind von klassischen römischen Juristen geprägt worden und haben daher eine lange Geschichte der sozialen Entwicklung durchlaufen. Heute hängt ihre Existenz mit dem gegenwärtigen Rechtszustand zusammen, ob in den geltenden Rechtsnormen ausdrücklich oder nicht.

Es wird gesagt, dass die Rechtsgrundsätze die ganze Rechtsordnung rationalisieren, dass sie ihr Ausgangspunkt und Kriterium sind, führende Ideen. Manchmal werden sie explizit in einer gesetzlichen Regelung ausgedrückt, manchmal sind sie nicht geschrieben, aber unabhängig davon gelten sie immer - von Natur aus. Sie gehören zu den Rechtsquellen, aber es gibt keine spezifischen Verhaltensregeln, sie sind hochgradig abstrakt - sie werden auch "Standards ohne konkretes Zeugnis" genannt. Dies zeigt, in welche Richtung bestimmte Rechtsvorschriften eingehalten werden oder nicht. Ein bestimmter Standard liest jeden aus der Verschreibung heraus, aber ohne zumindest intuitives Wissen über die Prinzipien, auf denen diese Verordnung beruht, kann ein oberflächlicher Beobachter die korrekte Interpretation der Norm kaum von der falschen unterscheiden. Lassen Sie uns jedoch niemals vergessen, dass Rechtsprinzipien keine Werte an sich sind, sie sind nicht eigennützig, sie sind weder Dogmen noch höhere Ziele, zu denen die gesetzliche Regelung gehören würde - selbst die höchsten Rechtsgrundsätze sind immer noch nur Instrumente, um einem zu helfen, Gerechtigkeit zu erreichen.

Der wichtigste Zweck von Rechtsprinzipien ist ihre Rolle im Gesetzgebungsverfahren und weiter im Prozess der Auslegung oder Anwendung des Rechts (Rechtsprinzipien erweitern den Argumentationsraum, füllen die "Lücken" des Gesetzes oder füllen vage rechtliche Begriffe aus). Ein hohes Maß an Allgemeinheit der Rechtsgrundsätze führt oft zu einer sehr subjektiven Betrachtung einer bestimmten Autorität (z. B. eines Richters) - Bei der Auslegung eines Gesetzes ist das Gericht manchmal verpflichtet, von einem klaren Text abzuweichen und sich auf den Zweck und Zweck des Gesetzes zu konzentrieren, unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsgrundlagen Fälle, in denen der Gesetzestext offensichtlich zu absurden und vielleicht irrationalen Situationen führen würde. ⇒ Das Verfassungsgericht der Tschechischen Republik hat erklärt, dass das Gericht nicht ausdrücklich an den wörtliche Formulierung der gesetzlichen Bestimmung gebunden ist, sondern kann und kann sogar davon abweichen, wenn es aus schwerwiegenden Gründen der Zweck des Gesetzes, eine systematische Verbindung notwendig ist oder eines der Prinzipien. . In solchen Fällen muss jedoch Willkür vermieden werden, und die Entscheidung des Gerichts muss auf rationalen Erwägungen beruhen - Zweck und Zweck des

Gesetzes können nicht nur in den Worten und Sätzen einer gesetzlichen Regelung gesucht werden, da das Gesetz immer und immer enthalten Prinzipien enthalten muss, die von demokratischen Rechtsstaaten anerkannt werden.

Bei der Auslegung oder Anwendung des Gesetzes muss daher die Möglichkeit der Anwendung rechtlicher Grundsätze berücksichtigt werden, wobei gleichzeitig der Grad der Allgemeinheit zu berücksichtigen ist. Es ist daher wünschenswert, zwischen Grundsätzen zu unterscheiden, die sich auf den gesamten Geltungsbereich einer bestimmten Rechtsordnung beziehen, und Grundsätzen, die nur für einen bestimmten Rechtsbereich oder eine Rechtsinstitution gelten. Es gibt zum Beispiel Grundsätze, die im Rahmen des Zivilprozessrechts gelten, und auch strafrechtliche Grundsätze, die sich in ein und demselben Fall in der Klageschrift gegenseitig widersprechen können, aber aufgrund ihrer Unterscheidung von Grundsätzen, die in einen bestimmten Rechtszweig fallen, können sie nicht als kollidierende Prinzipien identifiziert werden. Der aktuelle Trend ist die Entwicklung von Rechtsgrundsätzen, insbesondere auf internationaler Ebene ⇒ Die Grundsätze des europäischen Vertragsrechts (Europäisches Vertragsrecht) sind im Rahmen der Europäischen Vertragsrechtskommission entstanden, die sich aus einer Gruppe unabhängiger Anwälte und Akademiker zusammensetzt.

Rechtliche Grundlagen gelten als Rechtsquelle überhaupt, andere als typisch für öffentliches oder privatrechtliches Recht, andere auch für spezielle Rechtszweige.

Zu den Prinzipien können wir zählen:

- ignorantia iuris non excusat – Unkenntnis des Gesetzes
- lex posterior derogat priori – das neue Gesetz schafft das alte ab
- in dubio pro reo - im Zweifel zugunsten des Angeklagten
- lex retro non agit - das Gesetz handelt nicht rückwärts
- lex specialis derogat generali - eine spezielle Regulierung schafft das allgemeine Gesetz ab
- lex superior derogat inferiori - Das Gesetz der höheren Rechtskraft hebt das Gesetz der geringeren Rechtskraft auf
- nemo ultra posse obligatur - niemand ist verpflichtet
- nullum crimen, nulla poena sine lege - kein Verbrechen, keine Strafe ohne Gesetz
- pacta sunt servanda - Verträge müssen eingehalten werden

-neminem leadere – nicht anderen schädigen

Und andere Prinzipien wie das Prinzip der Gerechtigkeit, das Prinzip des Nicht-Schadens, die Gleichheit vor dem Gesetz (es folgt direkt aus dem Prinzip der Gerechtigkeit, das Gesetz gilt gleichermaßen für alle Subjekte, bedeutet Ausschluss von Privilegien und Ausschluss von Respekt für den Status - Adliger, Subjekt oder soziale Klasse) der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit, der Grundsatz der Rechtssicherheit, der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit, der Grundsatz der Rechtmäßigkeit (die Rechtsstaatlichkeit ist die Grundvoraussetzung für das gute Funktionieren des Rechts, ein Staat, der seine eigenen Gesetze nicht respektiert, ist nicht befugt, ihre Erfüllung durch seine Bürger gerecht zu fordern, eine Voraussetzung für die Erfüllung der Idee der Gerechtigkeit).

Etablierung der Tschechischen Republik

Wie bereits erwähnt, befand sich die Tschechische Republik seit der Mitte des 17. Jahrhunderts im österreichisch-ungarischen Kaiserreich. Vom 17. bis zum 19. Jahrhundert ermöglichte die Zentralisierung der Monarchie die Bevorzugung der deutschen Sprache in der staatlichen und kirchlichen Selbstverwaltung. Am Ende des 18. Jahrhunderts begann das tschechische Nationalgefühl zu wachsen, d. h. die Bemühungen, die tschechische Kultur und Sprache wiederzubeleben und später von Parteien, die die Interessen der tschechischen Ethnie vertreten, politische Macht zu gewinnen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vertraten tschechische Politiker wie Frantisek Palacky die Auffassung, das föderalisierte Österreich könne ein geeigneter Lebensraum für die tschechische Nation und andere slawische Länder sein. Diese Idee war verbunden mit der Idee des sogenannten Austro-Slawismus = die politische Meinung, dass die Slawen die Hauptstütze der Habsburger Monarchie sein sollten, die breitere kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Slawen in der Habsburger Monarchie, besonders der Tschechen (und Tschechoslowaken) und den Südslawen.

Nach dem Ersten Weltkrieg und nach der Niederlage von Österreich-Ungarn nach dem 28. Oktober 1918 wurden die böhmischen Kronen, Teile des Königreichs Ungarn, einschließlich der Karpaten-Ruthenien, mit einer neuen Staatseinheit, der Tschechoslowakei, verbunden. Sein erster Präsident war Tomáš Garrigue Masaryk.

Nach der Unabhängigkeitserklärung kam es zu Grenzkonflikten mit Polen und Ungarn sowie zu Unruhen in den deutschen Regionen des Landes. Im Jahr 1938 musste die Tschechoslowakei Deutschland durch das Münchner Abkommen in ein großes Grenzgebiet (das Sudetenland) verlegen. Die südlichen Regionen der Slowakei und der Karpaten fielen an Ungarn. Ein kleiner Teil des tschechoslowakischen Territoriums, insbesondere das Tesin-Gebiet, wurde von Polen besetzt. Der Name dieser abgeschnittenen Staatsabteilung begann mit einem Bindestrich geschrieben zu werden (Tschecho-Slowakei). Für die verbleibende kurze Zeit seit dem Münchener Abkommen, bis zur völligen Auflösung der Tschechoslowakei im März 1939, wurde die Zweite Republik benannt. Am 14. März 1939 erklärte die Slowakei die Unabhängigkeit, und nach der Besetzung durch deutsche Truppen am 15. März 1939 wurde das Protektorat Böhmen und Mähren zum Rest des tschechoslowakischen Territoriums erklärt. Die deutsche Besetzung der Tschechoslowakei stieß auf den massiven Widerstand der Bevölkerung des Landes und der aus dem Ausland unterstützten Gruppen. Im Mai 1945 wurde die Befreiung der Tschechoslowakei abgeschlossen und ein formal demokratischer Staat wiederhergestellt. Die Periode von 1945-1948 wird manchmal als Dritte Republik bezeichnet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Land ein totalitärer Staat und Teil des Ostblocks unter der Sowjetunion. Im Jahr 1960 wurde die neue Verfassung in die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (CSSR) geändert. Ende der fünfziger und in den sechziger Jahren schritt die Liberalisierung allmählich voran, bis zum 1. Januar 1969 formierte sich der Einheitsstaat formell zu einer Föderation zweier souveräner Nationalstaaten - der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSR) und der Slowakischen Sozialistischen Republik (SSR). Die Samtene Revolution, die am 17. November 1989 begann, stürzte das kommunistische Regime und ermöglichte die Wiederherstellung von Demokratie und freiem Unternehmertum. Es gab Widersprüche zwischen der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik, die schließlich zum Zusammenbruch des gemeinsamen Staates führten. Die Tschechoslowakei hörte im Friedensprozess am 31. Dezember 1992 auf zu existieren. Die frühere nationale Republik hat die Rechtsordnung des Veräußerungsverbandes übernommen und ihre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aufgeteilt. Am 12. März 1999 wurde die Tschechische Republik in die NATO aufgenommen und am 1. Mai 2004 trat sie der Europäischen Union bei. Im Jahr 2004 trat es den Schengen-Abkommen bei, die am 21. Dezember 2007 in den Schengen-Raum übergangen.

Die Tschechische Republik und die Europäische Union

Die Tschechische Republik hat sich 1996 offiziell beworben, als Premierminister Vaclav Klaus den Antrag der Tschechischen Republik auf Beitritt zur Europäischen Union stellte. Die Beitrittsverhandlungen begannen im März 1998. Fünf Jahre später unterzeichneten Präsident

Vaclav Klaus und Premierminister Vladimir Spidla in Athen einen Beitrittsvertrag, der am 1. Mai 2004 in Kraft trat, als die Tschechische Republik Vollmitglied der Europäischen Union wurde.

Beitrittsverhandlungen betrafen die Freizügigkeit von Personen, den freien Verkehr von Dienstleistungen, Waren und Kapital, die Durchsetzbarkeit von Gesetzen, die Umverteilung von Geld innerhalb der EU und die gemeinsame Währung.

Freizügigkeit von Personen

- Der Zweck der Freizügigkeit von Personen ist es, in jedem Staat der EU frei zu arbeiten
- Viele alte Mitgliedstaaten erlaubten nicht die sofortige Einreise von Bürgern der neuen Mitgliedstaaten in ihren Arbeitsmarkt. Bürger der Tschechischen Republik konnten nur in Großbritannien, Irland und Schweden uneingeschränkt arbeiten. In der Tschechischen Republik waren keine Übergangszeiten erforderlich, so dass sich Bürger anderer Mitgliedstaaten in der Tschechischen Republik ohne diskriminierende Einschränkungen um Arbeit bewerben konnten.
- Das so genannte 2 + 3 + 2-System wurde eingeführt, als die Länder nach dem Ende der Mehrjahresfrist argumentieren mussten, dass die Öffnung des Arbeitsmarktes eine direkte Bedrohung für ihre Volkswirtschaften darstellt und sie mit internen Problemen bedroht. Dieses Thema wurde im Januar 2006 bei der Europäischen Kommission wiedereröffnet.
- Seit dem 1. Mai 2006 hat sich die Möglichkeit eröffnet, in den folgenden Ländern zu arbeiten: Griechenland, Portugal, Finnland und Spanien. Frankreich hat dies im Sommer 2008 getan. Deutschland und Österreich haben erst 2011 ihre Arbeitsmärkte für tschechische Bürger geöffnet.
- Am 22. Dezember 2007 wurde die Tschechische Republik auch Teil des Schengen-Raums, wodurch Grenzkontrollen mit anderen EU-Ländern aufgehoben werden.

Freier Verkehr von Dienstleistungen, Waren und Kapital

- Das Gebiet der Europäischen Union ist eine Zollunion, in der in einem Mitgliedstaat rechtmäßig in den Verkehr gebrachte Waren ohne Zoll oder mengenmäßige Beschränkungen in andere Mitgliedstaaten ausgeführt werden können. Tschechische Unternehmen haben auch einen Multi-Market Service Markt geöffnet. Der freie Verkehr von Kapital hat neue Investierungsmöglichkeiten ermöglicht.
- vor dem Beitritt wurde eine Umfrage bei den Europäischen Handelskammern der Eurochamber zur Bereitschaft zum EU-Beitritt in den Beitrittsländern durchgeführt, in denen tschechische Unternehmen als bereit erachtet wurden (70%).

Strafverfolgung

-Bei der Beantragung des EU-Beitritts musste die Tschechische Republik Normen, Gesetze und Verordnungen in der Rechtsordnung zur Harmonisierung des tschechischen Rechts mit europäischem Recht verabschieden. Diese Einigung ist jedoch noch nicht abgeschlossen, und angesichts der Tatsache, dass das Europäische Parlament nicht auf neue und neue Gesetze verzichtet, die auch für die Tschechische Republik neu sind, ist es in der Folge verpflichtet, sie zu akzeptieren

-Es ist leicht zu sagen, dass das EU-Recht bei der Auslegung anderer Normen und dem tschechischen Recht Standard ist. Bei Diskrepanzen zwischen den Rechtsvorschriften der europäischen Verordnungen und den tschechischen Gesetzen wird der Auslegung des europäischen Rechts Priorität eingeräumt. Es ist Aufgabe des tschechischen Gesetzgebers, die tschechischen Vorschriften mit EU-Normen zu harmonisieren. Die Tschechische Republik ist seit dem Beitritt der Tschechischen Republik zur EU ab dem 1. Mai 2004 an das EU-Recht gebunden. Die Tschechische Republik verlor einen Teil der Gesetzesinitiative, weil sie an die EU übergeben wurde. Hier ist das grundlegende Gesetzgebungsorgan des Europäischen Parlaments.

-Direkt vor den nationalen Gerichten können sich die Bürger auf direkt wirksame europäische Rechtsnormen berufen. Im Strafrecht erkennen die Mitgliedstaaten einander als Europäischen Haftbefehl an.

-Hinsichtlich der Priorität, der unmittelbaren Wirkung und der Verpflichtung der Euro-konformen Auslegung müssen das EU-Recht und teilweise das EU-Recht von allen Behörden der Mitgliedstaaten angewandt werden. Besonders wichtig ist jedoch die Anwendung von allgemeinen und Verwaltungsgerichten als Form der Streitbeilegung. Sie erhalten ein Mandat der Union und werden zu Co-Sponsoren des EU-Rechts. Am häufigsten kommt das EU-Recht vor Verwaltungsgerichten vor, weil es Streitigkeiten über die Ausübung hoheitlicher Befugnisse, die weitgehend dem Unionsrecht unterliegen, löst. Die erste und bevorzugte Anwendung des Gemeinschaftsrechts auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts erfolgt in einem Verwaltungsverfahren vor den Verwaltungsbehörden, die verpflichtet sind, das Gemeinschaftsrecht auf eigene Initiative anzuwenden und diese im Falle eines Konflikts mit dem nationalen Standard vorzuziehen.

Umverteilung von Geld innerhalb der EU

-Die Tschechische Republik trat 2004 als Beitrittsstaat in den laufenden Haushaltszeitraum 2000-2006 ein. Der erste Rückgang fand Ende 2006 statt.

-Seit Beginn ihrer Mitgliedschaft ist die Tschechische Republik zum so genannten "Nettoempfänger" geworden, d.h. die Einnahmen des EU-Haushalts übersteigen die Ausgaben.

-Im Jahr 2013 hat die Tschechische Republik dank der beschleunigten Nutzung der EU-Strukturfonds 84 Mrd. EUR an Nettobudgeteinnahmen aus der EU erhalten und ist somit weiterhin Nettoempfänger; für das Jahr 2017 betrug das Nettoergebnis 55,4 Milliarden

-Die Tschechische Republik hat den Europäischen Sozialfonds zur Verbesserung der Beschäftigungssituation eingesetzt. Es ist einer der vier Strukturfonds der Europäischen Union und zielt darauf ab, die Beschäftigungssituation zu verbessern. Es geht nicht nur um die Entwicklung von Arbeitsplätzen oder den Abbau von Arbeitslosigkeit, sondern auch um die Förderung der Chancengleichheit und die Integration sozial benachteiligter Menschen.

-Im ersten Haushaltsplan wurden drei operationelle Programme des Europäischen Sozialfonds (ESF) durchgeführt: Operation Personalentwicklung, das einheitliche Programm für die Hauptstadt Prag (SPD3) und die EGALITÄRE Initiative (CIP EQUAL), was die Integration von sozial benachteiligten Mitbürgern betrifft. Das gemeinsame regionale operationelle Programm (JROP) ist mit dem Ziel verbunden, die ausgewogene und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung aller Regionen der Tschechischen Republik zu unterstützen.

Die gemeinsame Währung

-Die Verpflichtung zur Einführung des Euro war auch Teil des EU-Beitritts, aber die Verpflichtung sieht kein konkretes Datum für die Annahme vor

-Die europäische Währungseinheit oder der EURO (Symbol €) ist die Währung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

-Die Mitglieder der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sind alle EU-Länder. Alle Länder müssen kooperieren und die Entscheidungen der Europäischen Zentralbank respektieren. Eine andere Gruppe von Ländern mit etablierter Währung sind Mitglieder des Euro-Währungsgebiets. Diese Länder sind in die dritte Stufe eingetreten, indem sie den Euro als ihre Währung akzeptiert haben.

-Die Tschechische Nationalbank wird sich bei der Einführung des Euro um die Geldpolitik kümmern, und das Finanzministerium wird die institutionelle Einführung des Euro übernehmen. Seit dem 20. Februar 2006 arbeitet die Nationale Koordinierungsgruppe auch an der Einführung des Euro, und diese Gruppe ist für die Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen zuständig.

-Die Einführung des Euro in der Tschechischen Republik wird frühestens 2019 oder 2020 erwartet

Der gerichtliche Prozess

Die Justiz ist neben der legislativen Macht und Exekutivgewalt eines der drei Zweige der Staatsgewalt. Die Justiz führt daher spezifische staatliche Behörden, die unabhängige Gerichte sind. Die Judikative wird nicht von einer anderen Staatsmacht abgeleitet, sondern immer von dem Souverän, den die Bürger in den demokratischen Staaten stellen, als solche, aus denen die Existenz der Staatsmacht und ihre Legitimität besteht. Die Autonomie und Unabhängigkeit der Justiz ist daher auch eines der grundlegenden Merkmale der modernen Rechtsstaatlichkeit, und ihre Ausübung unterliegt daher bestimmten allgemeinen Grundsätzen:

Das Prinzip und die Unparteilichkeit der Richter

-die Trennung von Justiz und Verwaltung, lockere Verbindungen in der Organisation der Gerichte, die Bindung des Gerichts nur durch das Gesetz, nicht durch untergeordnete Regulierung, Entscheidung nach internen Überzeugungen und Gewissen, ergibt sich aus der Natur der Judikative, das Gericht als nicht rechtsfähige Dritte

-Persönliche Garantien - Richter, Ernennung der Richter, Unwiderruflichkeit, Inkompatibilität, unübersetzbare, disziplinarische Haftung, Beschäftigungsstatus, strafrechtliche Haftung, Immunität

-Verfahrensgarantien - Unparteilichkeit, Öffentlichkeit, Kohärenz, Direktheit, freie Beweiswürdigung, Geheimhaltung bei Abstimmungen, Senatsbeschlüsse

Das Prinzip der Ausübung von Gerechtigkeit nur durch das Gericht

-Das Justizwesen erfordert nur eine Lösung durch ein unabhängiges Gericht, die Ausübung der Gerechtigkeit gehört ausschließlich dem Staat, es bedeutet sowohl den Status des Gerichts im System der staatlichen Organe als auch den grundlegenden gerichtlichen Schutz der verletzten oder bedrohten Rechte und Interessen, die Justiz wird im Namen der Republik, des konstituierten Gerichtswesens, ausgeübt

-Es bedeutet nicht, dass andere Behörden (Notare, Schiedsrichter, Schiedsgerichte, Gerichtsvollzieher) nicht entscheiden können - Es ist im Falle der Unzufriedenheit, dass sie vor Gericht gehen können. Andere Behörden verwenden Elemente der Überzeugung, nur das Gericht kann Zwangsmaßnahmen erzwingen

Der Grundsatz des gesetzlichen Richters

-Die Zuständigkeit des Gerichts und des Richters ist gesetzlich festgelegt, niemand darf seinem rechtmäßigen Richter entzogen werden, und es ist eine gesetzliche Regelung, kein Untergebener - der direkte Einfluss ist die Legislative, nicht die Exekutive. Die Bestimmung des gesetzlichen Richters vermeidet jeglichen ungebührlichen Einfluss auf den Richter.

Das Prinzip der Chorenentscheidung (im Senat)

-sowohl Richter als auch Vorsitzende Richter können im Senat gehalten werden, verbunden mit dem Grundsatz der Beteiligung von Laien an Gerichtsverfahren; im Falle eines einzelnen Richters ist dies der Ausschluss eines Laien

-Die Zusammensetzung der Kammern wird durch die Verfassung festgelegt

Die Parteien haben den gleichen Status vor dem Gericht (einschließlich des Staates als separate juristische Person)

Im System der Gerichte gibt es keine Beziehungen der Überlegenheit und Unterordnung. In der Tschechischen Republik besteht dieses System aus vier Mitgliedern:

-Oberste Gerichte (insbesondere das Oberste Gericht und das Oberste Verwaltungsgericht)

-Obergerichte

-Regionalgerichte

-Bezirksgerichte

Das Verfassungsgericht ist ein besonderes Verfassungsorgan juristischer Art, das die Verfassungsmäßigkeit schützt, indem es die Übereinstimmung der Gesetze und der Entscheidungen anderer Institutionen mit der Verfassung auf einem qualifizierten Vorschlag prüft.

-Anforderungen an das Gericht und die Richter sind: ein durch Gesetz festgelegtes Gericht, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit.

-Anforderungen an ein Gerichtsverfahren: öffentlich, öffentliche Urteilsverkündung, faire Verhandlung, Verfahrensgeschwindigkeit,

-Garantien des Angeklagten: die Unschuldsvermutung - der in Artikel 6 Absatz 2 des Übereinkommens garantierte Grundsatz der Unschuldsvermutung, wird als Straftat anerkannt, eine solche Person gilt als unschuldig, sofern sie nicht nach dem Gesetz für schuldig befunden wird

Das Recht, über die Vorwürfe informiert zu werden - jeden Angeklagten in einer ihm verständlichen Sprache eingehend und eindringlich mit der Art und dem Grund der Anklage bekannt zu machen

Das Recht auf Verteidigung - der andere Garant der Person, gegen die das Strafverfahren gerichtet ist, ist das Verteidigungsrecht, dieses Recht schließt andere Rechte und das Recht auf angemessene Vorbereitung der Verteidigung ein, das Recht sich selbst zu verteidigen oder einen Verteidiger auszusuchen oder ein Verteidiger unter bestimmten Voraussetzungen

Kostenlose Unterstützung für den Dolmetscher

Zusammenfassung

Der Charakter des tschechischen Staates fasst den ersten Artikel der Verfassung der Tschechischen Republik zusammen, der besagt, dass die Tschechische Republik ein demokratischer, souveräner, einheitlicher und legaler Staat ist. Gleichzeitig bedeutet das demokratische Attribut, dass die öffentliche Macht durch Vertreter ausgeübt wird, die bei freien Parlamentswahlen gewählt werden. Die Tatsache, dass der Staat souverän ist, bedeutet, dass die tschechischen Behörden nicht die Souveränität eines internationalen Gremiums haben können. Die Tschechische Republik ist der Vereinigte Staat, weil sie nicht nach einer föderalen Vereinbarung aufgeteilt ist. Schließlich bedeutet der Rechtsstaat, dass die staatlichen Behörden das Gesetz einhalten müssen. Sie müssen das Gesetz regeln, nicht die spezifischen Behörden oder die Beamten und ihre Interessen.

Ein Teil der Rechtsordnung oder Rechtszweige sind gegebenenfalls auch Rechtsgrundsätze = Bestimmte Gesetze = Unkenntnis des Gesetzes, das neue Gesetz schafft das alte ab, im Zweifel zugunsten des Angeklagten, das Gesetz handelt nicht rückwirkend, Sonderregelungen heben die gesetzliche Regelung im Allgemeinen auf, das Gesetz der höheren Rechtskraft hebt das Gesetz der niedrigeren Rechtskraft auf, unmöglich, niemand ist gebunden, kein Verbrechen, keine Strafe ohne Gesetz, Verträge müssen eingehalten werden, kein Schaden an anderen.

Die Tschechoslowakei hörte im Friedensprozess am 31. Dezember 1992 auf zu existieren. Die frühere nationale Republik hat die Rechtsordnung des Veräußerungsverbandes übernommen und ihre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aufgeteilt. Am 12. März 1999 wurde die Tschechische Republik in die NATO aufgenommen und am 1. Mai 2004 trat sie der Europäischen Union bei. Im Jahr 2004 trat es den Schengen-Abkommen bei, die am 21. Dezember 2007 in den Schengen-Raum übergangen. Die Justiz ist neben der legislativen Macht und Exekutivgewalt eines der drei Zweige der Staatsgewalt. Die Justiz führt daher spezifische staatliche Behörden, die unabhängige Gerichte sind. Die Judikative stammt nicht von einer anderen Staatsmacht ab, sondern immer vom Souverän.

Quiz

1. Ist diese Behauptung korrekt? "Der erste Artikel der Verfassung der Tschechischen Republik besagt, dass die Tschechische Republik ein demokratischer, souveräner, einheitlicher und legaler Staat ist?"

A. Yes

B. No

2. Zu den kommunalen Prinzipien können wir zählen:

A. Ignoranz des Gesetzes ist verzeihbar

B. Eine spezielle Regulierung setzt die allgemeine außer kraft

C. Verträge müssen respektiert werden

D. Nicht anderen Schaden zufügen

3. Wer war der erste Präsident der Tschechoslowakei?

4. Füge hinzu: "Die Tschechoslowakei trat der EU am 1.Mai _____ bei".

A. 2000

B. 2003

C. 2004

D. 2005

5. Die Tschechische Republik hat den Euro übernommen.

A. Ja

B. Nein

6. Das Justizsystem der Tschechischen Republik besteht aus fünf Säulen.

A. Ja

B. Nein

7. Füge hinzu:"Ein besonderes Verfassungsorgan juristischer Art, das die Verfassungsmäßigkeit schützt, indem es die Übereinstimmung sowohl der Gesetze als auch der Entscheidungen anderer Institutionen mit der Verfassung auf einem qualifizierten Vorschlag prüft, ist....."

A. Das Verfassungsgericht

B. Das Oberste Verwaltungsgericht

C. der Oberste Gerichtshof

Quellen:

SUCHANEK, R.Constitution of Czech republic. Prague: Leges, 2009, p. 383

MOLEK, Pavel. Right to a fair trial. Prague: Wolters Kluwer, 2012, p. 573.

WAGNEROVÁ, Eliška a kol. Charter of Fundamental Rights and Freedoms: Commentary. Prague:Wolters Kluwer, 2012, p. 906.

https://is.muni.cz/el/1441/jaro2012/SA4BP_ZPrS/um/pr.system.pdf

2

Modul 2

Das Vertragsrecht



Vertrag

Den Vertrag versteht man generell als den Willen zwei vertragschließender Parteien, welche eine Investition aus einem gemeinsamen rentablen Projekt sichern wollen. Unter dem Projekt kann man etwas einfaches verstehen wie den Einkauf von Waren oder etwas komplexes wie die Konstruktion eines Wolkenkratzers. Mit dem Vertrag etablieren die Parteien ihre gegenseitige Bindung und den Willen, den Inhalt des Vertrags zu regeln. Die Erfüllung welches das Subjekt der Verpflichtung ist, ist die Art des Eigentums und deckt sich mit den Interessen des Gläubigers, selbst wenn dieses Interesse nicht bloßes Eigentum ist. Die Verpflichtung entsteht aus einem Vertrag, aus einem Akt rechtswidrigen Verhaltens oder aus einem legalen Datenblatt, welches gesetzlich annehmbar ist. Die Verpflichtung kann ohne den Gläubiger und den Darlehensnehmer nicht geändert werden, es sei denn, das Recht lässt etwas anderes zu. Die Bildung und Dauer der Verpflichtung sollen nicht verhindern, es sei denn, es wurde eine Äußerung gemacht, laut der der Darlehensnehmer genötigt wird etwas auszuführen, der Gläubiger ist dazu verpflichtet den Grund für die Bindung zu beweisen.

Verträge können reziprok sein -> wo die Parteien gegenseitige Verpflichtungen haben oder nichtreziprok, wenn die Verpflichtungen nur auf einer Seite entstehen. Wenn die Parteien rational sind, beschließen sie den Vertrag nur mit der Bedingung, dass die Leistung in ihrem Interesse sein wird und werden nur den Bedingungen des Vertrags zustimmen, welche ihre Position verbessern werden. Damit ein Vertrag effektiv sein kann, müssen die essentiellen Funktionen des Vertrages entscheidend sein, welche die Basis bilden, um effektive Verträge abzuschließen. Dafür ist notwendig, Kooperation der Parteien zu erlauben und so einen legalen Rahmen zu schaffen, welches diese Kooperation unterstützt (Kooperation wird profitabler sein als ein Bruch der Verpflichtung). Es ist außerdem wichtig für das Vertragsrecht solche Regeln aufzustellen (verbindliche und konstruktive Vertragsrechts-Standards), welche effektiv Vertragslücken füllen und somit Transaktionskosten senken. Eine andere Voraussetzung für das Vertragsrecht ist die Risikoverteilung, welche an die effizienteste (billigste) Versicherung zugeordnet werden sollte. Am Ende ist es immer noch wichtig, die Motivation der Parteien zu erwähnen, Informationen in der Vertragsbeziehung effektiv offen zu legen, da nur Parteien, die vollständig informiert sind, effektiv handeln, Ressourcen ausgeben und potenzielle Risiken in Zukunft genauer beurteilen können.

Aus der Sicht des Gesetzbuches (hier und ab sofort als "CC"), muss gesagt werden, dass es den Parteien mehr Freiheit anbietet. Die Bestimmungen zum Vertragsrecht sind fundamental entscheidend und der Vertrag gilt für das Prinzip der Nonformalitäten, wo das CC sagt, dass alle das Recht auf eine willkürliche Form des Gesetzes haben, wenn es nicht gesetzlich beschränkt ist (wie die Etablierung oder der Transfer von dringlichen Rechten) oder eine Übereinkunft mit dem anderen. Effizienz hat eine hohe Korrelation mit Transaktionskosten, welche minimal sein können um, auf der einen Seite, die Parteien zu motivieren den Vertrag abzuschließen oder auf der anderen Seite, so hoch, dass die Parteien keine Verpflichtung eingehen können.

Vertragsbildung

Der abschließende Prozess besteht aus zwei Schritten, nämlich das Angebot, den Vertrag zu schließen (Angebot) und das Angebot anzunehmen (Annahme). Der Bieter (Bieter) und die Person, die das Angebot annimmt, erscheinen im Prozess des Vertragabschlusses. Der Vorschlag zum Abschluss eines Vertrags ("Angebot") muss klarstellen, dass die Person, die ihn tätigt, beabsichtigt, mit der Person, an die das Angebot gerichtet ist, einen Vertrag abzuschließen. Die rechtliche Verhandlung ist ein Angebot, wenn sie die wesentlichen Elemente des Vertrags so enthält, dass der Vertrag durch seine einfache und bedingungslose Annahme abgeschlossen werden kann und wenn sich der Wille des Antragstellers ergibt, an den Vertrag gebunden zu sein, wenn das Angebot angenommen wird. Das mündliche Angebot muss unverzüglich angenommen werden, es sei denn, etwas anderes ergibt sich aus seinem Inhalt oder den Umständen, in denen es aufgetreten ist. Das gilt auch, wenn das Angebot einer Person schriftlich vorgeschlagen wurde. Schriftlich verfasste Angebote an eine abwesende Person müssen innerhalb der im Angebot vorgegebenen Frist eingehen. Wenn die Frist nicht angegeben ist, kann das Angebot zu einem Zeitpunkt angenommen werden, der in dem vorgeschlagenen Vertrag angemessen ist, und mit der Geschwindigkeit, mit der der Antragsteller das Angebot abschickt. Selbst wenn das Angebot widerrufbar ist, kann es nicht innerhalb der Frist zum Empfang zurückgezogen werden, es sei denn, es ist im Angebot reserviert. Ein widerrufliches Angebot kann nur angefochten werden, wenn vor dem Absenden des Angebots eine Beschwerde an die andere Partei gerichtet wird. Das Angebot kann nicht angefochten werden, wenn die Unwiderruflichkeit im Angebot zum Ausdruck kommt und wenn das Angebot abgelehnt wird, endet es mit dem Verweigerungseffekt. Sollte einer der Parteien sterben, oder sein Recht verlieren, einen Vertrag abzuschließen, so endet das Angebot, sobald sich aus dem Angebot selbst oder aus der Art und dem Zweck des vorgeschlagenen Vertrags ergibt.

Das Angebot beinhaltet ebenfalls die Reklame von Ware oder Services im Katalog oder die Warenpräsentation, wenn das im Verkaufsgeschäft passiert ist. Wenn so ein Angebot akzeptiert wurde, muss das Unternehmen den Vertrag erfüllen. Diese Verpflichtung wird nur durch die Erschöpfung von Vorräten oder den Verlust ihrer Fähigkeit, den Vertrag zu erfüllen, verwirkt.

Das Angebot muss von der anbietenden Person angenommen werden (der Adressat) und dem, der es mit seiner ausdrücklicher Zustimmung akzeptiert. Wenn die Person still ist, heißt es keine automatische Zustimmung und wenn die Person das Angebot nicht kommentiert, nimmt er/sie das Angebot nicht an und hat den Vertrag nicht abgeschlossen. Wenn der Adressat Interesse am Abschluss des Vertrags hat, aber unter einigen geänderten Bedingungen, ist es kein Vertrag. Aus einer gesetzlichen Sicht präsentiert es ein neues Angebot. Der Vorschlag zum Abschluss eines Vertrages kann sich an mehr als eine Person richten, zum Beispiel, wenn ein Miteigentum an mehr als einer Person gekauft wird, wird das Angebot an alle Miteigentümer gerichtet. Die Verträge sind dann durch Annahme aller Adressen abgeschlossen.

Es ist auch möglich, die Annahme des Angebots zu stornieren. Voraussetzung ist, dass die Abschaffung der Annahme dem Antragsteller spätestens mit dieser Annahme erfolgte. In der Praxis ist es üblich, dass das Angebot nicht durch ausdrückliche Willenserklärung akzeptiert wird, sondern durch einfache vertragsgemäße Aushandlung durch den Akzeptanten. Dies bedeutet, dass

der Kunde die Ware per E-Mail bestellt und der Lieferant ohne Bestätigung der Bestellung die Ware liefert. Die Zustimmung ist abgeschlossen, wenn die Parteien den Inhalt verhandelt haben. Innerhalb der gesetzlichen Grenzen sind die Parteien frei in der Verhandlung des Vertrages und dem Beschluss des Inhalts. In Verhandlungen über den Abschluss eines Vertrages, teilen die Parteien einander alle tatsächlichen und rechtlichen Umstände mit, von denen sie wissen oder wissen müssen, damit jede der Parteien von der Möglichkeit eines Abschlusses überzeugt werden kann und jede der Parteien offensichtlich bereit ist, den Vertrag zu schließen. Wenn die Parteien bei der Verhandlung eines Vertrags so viel erreichen, dass der Abschluss des Vertrages sehr wahrscheinlich ist, wird die Partei, die sich ungerechtfertigterweise gegen die berechnigte Seite der anderen Partei bei Abschluss des Vertrags zum Abschluss des Vertrages verhält, unfair handeln ohne einen fairen Grund dafür zu haben. Eine unfair handelnde Partei wird die andere Partei für den Schaden kompensieren, aber höchstens in dem Ausmaß, das dem Verlust des Vertrags in ähnlichen Fällen entspricht.

Die Vertragsparteien können auch vereinbaren, dass ein Dritter oder ein Gericht eine Vereinbarung festlegt. Der häufigste Fall ist die Vereinbarung, dass der Kaufpreis des Käufers durch die Meinung des Experten bestimmt wird. Das ist ein Bereitschaftszustand und der Vertrag wird effektiv sobald die fehlende Person vervollständigt das Ergebnis. In einer Verhandlung können die Parteien mehrere Verträge bestimmen, jedoch wäre jeder Vertrag separat auf die Validität, Leistung und Dauer beurteilt. Es ist auch möglich, die gegenteilige Vereinbarung zu treffen und mehrere separate Verträge voneinander abhängig zu machen, so dass die Dauer eines Vertrags eine Voraussetzung für andere ist. Ein Beispiel für einen solchen Vertrag ist, dass die Parteien beim Abschluss des Mietvertrags vereinbaren können, dass der Mieter dem Vermieter einige andere Dienstleistungen erbringen wird, aber die Beendigung des Mietvertrags wird auch die Bereitstellung dieser Dienste beenden.

Was die Form des Vertrags betrifft, so bedeutet dies, wie der Vertrag zu schließen ist, ob eine schriftliche Form erforderlich ist oder eine mündliche Verhandlung ausreichend ist. Es ist auch möglich, einen Vertrag ohne Worte abzuschließen, aber es ist erforderlich, dass der Wille der Parteien und die Anforderungen der Vereinbarung klar dargelegt werden. Ein typisches Beispiel ist der Wareneinkauf im Supermarkt. Wir kennen auch besondere Arten des Vertragsabschlusses, nämlich Versteigerung, öffentliche Ausschreibung für das geeignetste Angebot und öffentlichen Wettbewerb. Auf einer Versteigerung wird der Vertrag durch einen Schlag mit dem Richterhammer besiegelt, das Angebot wird abgelehnt, wenn etwas höheres angeboten wird oder die Versteigerung endet anders als durch den Hammer. Das Angebot wird mindestens in allgemeiner Form, den Gegenstand der Leistung und den sonstigen Inhalt des beabsichtigten Vertrages schriftlich festgelegt und bestimmt die Art und Weise, in der das Angebot unterbreitet wird, sowie die Frist für die Angebotsabgabe sowie die Frist für die Mitteilung des ausgewählten Angebots. Die Wettbewerbsbedingungen werden in geeigneter Weise veröffentlicht. Der Bieter wählt das geeignetste der Angebote aus und gibt seine Annahme auf die Art und Weise und innerhalb der in den Wettbewerbsbedingungen festgelegten Frist bekannt.

Das öffentliche Angebot ist Ausdruck des Willens des Antragstellers, der unbestimmte Personen mit einem Vorschlag zum Abschluss des Vertrags anspricht. Auf der Grundlage eines öffentlichen

Angebots wird der Vertrag mit der Person geschlossen, die unverzüglich und in Übereinstimmung mit ihr das öffentliche Angebot bekannt gibt. Wenn ein öffentliches Angebot gleichzeitig mehrere Personen umfasst, wird der Vertrag mit den vom Antragsteller gewählten Personen abgeschlossen.

Ungültig ist ein Vertrag, bei dem jemand die Not, Unerfahrenheit, intellektuelle Schwäche, Aufregung oder Rücksichtslosigkeit der anderen Partei missbraucht und sich selbst oder einem anderen Versprechen gibt oder eine Transaktion anbietet, deren Wert es ist, sich grob zu treffen.

Die Verpflichtungen der Parteien

Die Übereinkunft der Parteien ist bindend und kann nur mit Einverständnis aller Parteien geändert oder widerrufen werden, oder für andere legitime Gründe. Für andere gilt der Vertrag nur in den gesetzlich festgelegten Fällen.

Laut der gemeinsamen Verpflichtung hat der Gläubiger das Recht, einen Anspruch gegen den Kreditnehmer zu erheben und dieser ist dazu verpflichtet, diesem Recht nachzukommen durch ableisten der Schulden. Durch die Verpflichtung ist der Kreditnehmer verpflichtet, etwas zu geben, etwas zu tun, sich zu enthalten oder etwas zu dulden, und der Gläubiger ist berechtigt, es von ihm zu verlangen.

Wenn nach dem Abschluss des Vertrags es durch gewisse Umstände für eine Partei schwer wird, ihre Leistung unter dem Vertrag zu erfüllen, ändert es nichts an der Verpflichtung zum ableisten der Schulden. Wenn diese Umstände so signifikant sind, dass dies zu einem Ungleichgewicht in den Rechten und Verpflichtungen der Parteien führt und eine Seite benachteiligt wird durch eine unbegründete Steigerung der Leistungskosten oder durch eine unverhältnismäßige Reduktion im Wert des Subjektes der Transaktion, hat betroffene Partei das Recht, die Wiederherstellung der Vertragsverhandlung zu verlangen, wenn sie nachweist, dass die Änderung nicht vernünftigerweise angenommen oder beeinflusst werden konnte, und dass die Tatsache erst nach dem Abschluss des Vertrags kam, oder dass die betroffene Partei erst nach Vertragsschluss bekannt wurde. Die Ausübung dieses Rechts berechtigt den Betroffenen nicht zur Verschiebung der Leistung. Das Recht der betroffenen Partei entsteht nicht, wenn es das Risiko der Veränderung der Umstände eingegangen ist.

Wenn laut dem Vertrag der Schuldnehmer zuzustellen ist, kann der Gläubiger das von ihm verlangen. Wenn man sich für die andere Partei verpflichtet die dritte Partei zu erfüllen, setzt man voraus, den Dritten zur Erbringung der Leistung zu verpflichten. Wenn jedoch jemand verpflichtet

ist, das zu erfüllen, was vereinbart wurde, wird der Dritte den dem Gläubiger entstandenen Schaden ersetzen, es sei denn, die Erfüllung erfolgt.

Musterverträge

Zu den häufigsten Vertragsarten gehören beispielsweise ein Kaufvertrag, ein Darlehen, ein Pachtvertrag, ein Kredit, eine Kautions, ein Transportvertrag, ein Arbeitsvertrag.

Der Kaufvertrag

Der Kaufvertrag dient dazu, das Eigentumsrecht des Eigentums von einer Person (dem Verkäufer) auf die andere (dem Käufer) zu übertragen. Diese Übereinkunft beinhaltet die Verpflichtung für den Verkäufer, das Objekt dem Käufer zu übergeben und ihm/ihr erlauben, das Eigentum daran zu erwerben. Der Käufer hat eine Verpflichtung das nachgefragte Objekt zu übernehmen und den Kaufpreis zu bezahlen, aber der Kaufpreis muss nicht bezahlt werden bis er eine Möglichkeit hat es zu kontrollieren. Alle Arten von Kosten die während der Zustellung des Objektes auftreten werden von dem Verkäufer bezahlt, z.B Einpackung, Transport zum Ort der Leistung. In ähnlicher Weise werden die mit der Übernahme der Ware am Lieferort verbundenen Kosten vom Käufer übernommen, z.B Transport vom Ort der Leistung.

Die Gefahr der Beschädigung des Objektes (nachdem die Gefahr der Beschädigung der Ware vom Verkäufer auf den Käufer nicht länger einen Schaden für den Verkäufer zur Folge hat, die Pflicht zur ordnungsgemäßen Ausführung zu verletzen und die beschädigte Ware unbeschädigt zu liefern) geht Hand in Hand mit der Belastung des Eigentumsrechts.

Um den Kaufvertrag abzuschließen ist es notwendig für die Parteien dass sie sich wenigstens auf die essentiellen Anforderungen zu einigen - der Ausdruck der zu verkaufenden Sache und etwas zu kaufen, um die Sache zu spezifizieren, um den Kaufpreis zu bestimmen, für den es übertragen wird. Durch die Verhandlung dieser Anforderungen wird ein Kaufvertrag etabliert. Im Fall für einen Kaufvertrag für bewegliches Kapital ist es möglich, einen Vertrag ohne fixen Kaufpreis zu schließen. Der vereinbarte Kaufpreis ist der Preis, zu dem der vergleichbare Gegenstand zum Zeitpunkt des Kaufvertrags zu ähnlichen Bedingungen verkauft wird.

Der Verkäufer muss den Käufer in der Verhandlung über den Vertrag die Mängel nennen, die er kennt. Käufer sind verpflichtet, den Wartungsanleitungen des Verkäufers zu folgen. Wenn der Käufer dies nicht tut, verliert er die Garantie.

Der Kaufvertrag kann als Nebenabrede ausgehandelt werden, wie Eigentumsvorbehalt, Vorbehalt des Weiterverkaufs und Verkaufs, Vorkaufsrecht, Probekauf, Klausel des besseren Käufers, Preisklausel.

Darlehen

Wir kennen drei Typen von Darlehen:

1. Ein informeller Vertrag, bei dem der Kreditgeber dem Kunden einen kostenlosen bestimmten Verwendungszweck gibt, ohne die Dauer des Verkaufs oder der Absicht, für den es bestimmt ist. Das ist eine freundliche Hilfe. Es ist nicht festgelegt, dass das Subjekt ein unbrauchbares Ding ist. Der Darlehensnehmer muss den Gegenstand auf Verlangen oder jederzeit dem Gläubiger zurückgeben, aber es kann dazu führen, dass der Gläubiger Schwierigkeiten gegen seinen Willen verursacht (zum Beispiel zu einer unangemessenen Zeit oder unangemessen Verhalten). Der Ankläger muss den durch den Fall entstandenen Schaden ersetzen, es sei denn, es handelt sich um den Schaden, der durch den normalen Gebrauch der Sache entstanden ist.
2. Der zweite Typ als Kreditaufnahme stellt für beide Parteien mehr Verpflichtungen als der Kreditgeber dar, vor allem die vorübergehende Nutzung des nicht nutzbaren Vermögens, d.h die Arrangierung der Laufzeit des Darlehens. Das Darlehen ist kostenlos, aber es ist notwendig, den Verwendungszweck des Gegenstands zu verhandeln, sofern nicht vereinbart, sollte in einer angemessenen Weise verwendet werden. Der Kreditnehmer darf die Angelegenheit nicht ohne Erlaubnis des Kreditgebers einer anderen Person überlassen. In diesem Fall kann der Kreditgeber die Rückgabe des Falles vor Ablauf der vereinbarten Laufzeit des Kreditnehmers verlangen. Generell kann man verlangen, dass der Kreditnehmer das Eigentum vorzeitig zurückgibt, nur wenn der Kreditnehmer es vertragswidrig nutzt oder wenn der Grund für die vorzeitige Rückzahlung ausgehandelt werden kann, den der Kreditgeber nicht vorhersagen konnte. Der Darlehensnehmer ist verpflichtet, dem Entleiher eine Sache in einem für seinen Gebrauch geeigneten Zustand zu geben und den Entleiher anzuweisen, die Sache zu benutzen, sofern es sich nicht um eine allgemein bekannte Regel handelt.
3. Die dritte Form eines Darlehens ist eine Vereinbarung, durch die sich der Darlehensnehmer verpflichtet, dem Darlehensnehmer eine artspezifische repräsentative Sache zu überlassen, und der Darlehensnehmer verpflichtet sich, die Sache derselben Art im Laufe der Zeit zurückzugeben. Wenn das Geld das Subjekt des Interesse ist, kann verhandelt werden, aber es ist nicht notwendig. Das Darlehen wird nicht festgelegt, zu welchem Zweck die Mittel verwendet werden sollen.

Mietvertrag

Durch den Mietvertrag verpflichtet sich der Vermieter, den Mieter zur vorübergehenden Nutzung zu verlassen. Der Mieter verpflichtet sich, dem Vermieter eine als Miete bezeichnete Vergütung zu zahlen. Gegenstand des Mietvertrages kann eine Immobilie (oder ein Teil davon) oder eine bewegliche Sache sein. Es ist auch möglich, eine Sache zu mieten, die nur in der Zukunft stattfindet, wenn es möglich ist, sie genau zu bestimmen, wenn der Mietvertrag abgeschlossen ist.

Der Vertrag kann mündlich abgeschlossen werden, nur für die Vermietung einer Wohnung und eines Hauses mit dem Ziel, die gesetzlich vorgeschriebenen Wohnbedürfnisse in einer verbindlichen schriftlichen Form zu sichern.

Der Mietvertrag sollte eine Beschreibung des Gegenstands des Mietvertrags, des Datums der Vermietung des Gegenstands des Mietvertrags an den Mieter, des Zustandes, in dem der Gegenstand des Mietvertrags bei seiner Übernahme durch den Mieter liegt, sowie den Mietvertrag, der Zeitraum, zu dem es abgeschlossen ist, die Höhe der Miete, die Rechte und Pflichten der Parteien, (die Kautions ist typisch), die Möglichkeit der vorzeitigen Beendigung des Mietverhältnisses, die Möglichkeit, Änderungen vorzunehmen, etc. Der Mietvertrag kann für eine feste oder unbestimmte Zeit ausgehandelt werden. Wenn der Vertrag die vereinbarte Zeit nicht festlegt, wird das mieten auf unbestimmte Zeit verhandelt. Die Miete wird in der vereinbarten Höhe (Geld) und in den vereinbarten Konditionen bezahlt. Die Miete kann auch in einer anderen Währung als der tschechischen Krone oder zum Beispiel in regelmäßigen Mieten des Mieters ausgehandelt werden.

Der Vermieter

-hat das Recht, seine Ansprüche gegen den Mieter durch das rechtmäßige Schutzrecht zu sichern,

-eine Sache mit allem übergeben, was für den richtigen Gebrauch der Sache notwendig ist,

-ist verpflichtet, dem Mieter die ungestörte Nutzung der Immobilie für die Dauer des Mietverhältnisses zu ermöglichen

-ist nicht verantwortlich für den Mangel der gemieteten Sache, die zum Zeitpunkt des Abschlusses des Mietvertrags den Parteien bekannt war und die Nutzung des Falles nicht verhindert

Der Mieter:

-ist verpflichtet, die Sache als ordentlicher Wirtschaftsteilnehmer zu dem Zweck oder zu dem üblichen Zweck zu benutzen und die Miete zu bezahlen

-Wenn der Mangel vom Vermieter behoben werden soll, kann der Mieter die Sache nur schwer nutzen und der Vermieter hat keinen Mangel erhalten, selbst nachdem der Mieter dem Vermieter das Recht auf einen angemessenen Mietrabatt mitgeteilt hat oder er kann die Reparatur selbst vornehmen und die Kosten geltend machen

-hat die Pflicht den Vermieter zu benachrichtigen, dass das Mietobjekt einen Defekt hat der korrigiert werden muss von dem Vermieter sobald es entdeckt wurde

-hat die Pflicht dem Vermieter zu ermöglichen das Eigentum zu inspizieren, mieten, zu betreten zum ausführen der notwendigen Reparaturen oder Wartung des Gegenstandes, der Vermieter muss den Mieter rechtzeitig für die Inspektion benachrichtigen

Kredit/Darlehen

Der CC setzt keine formalen Bedingungen und das Fazit der Kredit-Übereinkunft fest, also kann es auch mündlich beschlossen werden. Ein Kredit/Darlehen ist ein Pfandvertrag, der Darlehensnehmer ist berechtigt, Zinsen zu verlangen. Es ist ein einvernehmlicher Vertrag. Der Kreditgeber verpflichtet sich, unter den von den Parteien vereinbarten Bedingungen die geliehenen Mittel auf Abruf bis zu einem bestimmten Höchstbetrag zur Verfügung zu stellen.

Das Darlehen kann auch als eine Bindung für einen bestimmten Zweck gehandelt werden. Ein Verstoß gegen diese Verpflichtung begründet das Recht des Gläubigers, vom Vertrag zurückzutreten. Wenn die Rücksendungszeit nicht vereinbart ist, erfolgt die Rückgabe innerhalb eines Monats nach der Anfrage.

Anzahlung

Innerhalb der Anzahlung/Sorgepflicht verpflichtet der Besitzer sich dazu, den Aufseher für ihn zu behalten. Das Thema der Sorgepflicht kann sowohl eine fremde Sache als auch eine Sache für sich sein. Zur Verwahrung ist es notwendig, das Sorgerecht der Parteien einzurichten. Zum Beispiel wäre ein vergessener Mantel in einem Restaurant keine sichere Ablade.

Transportvertrag

Der Beförderungsvertrag befasst sich mit der Beziehung zwischen dem Passagier (Sender der Verladung) und dem Beförderer. Im Fall eines ausländischen Elements, das heißt bei grenzüberschreitenden Verbindungen, wird der Inhalt des Vertragsverhältnisses normalerweise durch internationale Verträge geregelt, wie etwa das Übereinkommen über den internationalen Güterkraftverkehr.

Der CC bezieht sich auf die so genannten Transportregeln, welche zum Beispiel Transportdokumente, die Rechte und Verpflichtungen des Beförderers und dem Passagiers im Transportweg beinhalten, Verträge für den Transport von Personen und Waren müssen nicht schriftlich sein. Wenn ein Beförderer etwas befördert, hat es das Recht vom Absender die Bestätigung der Bestellung der Sendung zu verlangen.

Die wesentlichen Vertragsbedingungen sind im Falle des Personenverkehrs die Bezeichnung des Beförderers und des Passagiers, der Beginn und das Ende der Beförderung sowie die Verpflichtung des Passagiers zur Zahlung der Beförderungsentgelte. Bei der Beförderung einer Sache ist der wesentliche Vertragsbestandteil die Bezeichnung des Absenders und der Sendung, der Versandort und der Bestimmungsort sowie die Verpflichtung des Absenders, die Fracht zu bezahlen. Die Grundregel für die Haftung für Schäden an der Fracht ist, dass der Beförderer innerhalb der Zeitspanne zwischen der Übernahme und der Entladung am Bestimmungsort für den Schaden verantwortlich ist. Im Falle eines Verlustereignisses hat der Beförderer die Benachrichtigungspflicht.

Der Arbeitsvertrag

Durch einen Arbeitsvertrag verpflichtet sich der Auftragnehmer, die Arbeiten auf seine Kosten und für den Auftraggeber durchzuführen, und der Auftraggeber verpflichtet sich, die Arbeiten zu übernehmen und den Preis dafür zu zahlen.

Ob es ein Arbeitsvertrag oder ein Kaufvertrag in einem spezifischen Fall ist, es muss berücksichtigt werden:

1. Materieller Aspekt - wenn das Ding aus Material besteht, das meistens vom Kunden mitgebracht wurde oder das Werk über dem Material vorherrscht, ist es ein Kaufvertrag
2. die Art des Leistungsgegenstandes - im Falle der Wartung, Reparatur oder Änderung der Sache, es handelt sich um einen Arbeitsvertrag

Der Arbeitsvertrag muss nicht schriftlich verfasst werden, die essentiellen Bedingungen des Arbeitsvertrags sind der Designer und der Auftraggeber, die Spezifizierung der Arbeit und die Verpflichtung den Preis der Arbeit zu bezahlen.

Wenn die mangelhafte Leistung eine wesentliche Vertragsverletzung darstellt, ist der Kunde berechtigt:

- den Mangel durch Lieferung eines neuen Gegenstandes ohne Mangel oder durch Lieferung des fehlenden Gegenstandes zu beheben
- um den Defekt durch Reparatur des Gegenstandes zu beheben
- ein angemessener Discount auf den Preis der Arbeit
- vom Vertrag zurücktreten

Kündigung von Verträgen

Erfüllung ist ein typischer Weg, das Engagement zu beenden. Die Erfüllung muss in der Art und Weise erfolgen, wie vereinbart. Was zu erreichen ist, ergibt sich aus einem abgeschlossenen Vertrag, wobei der Schuldner verpflichtet ist, nur das durchzuführen, was arrangiert wurde, und der Kreditgeber kann ihn nicht zwingen, etwas anderes zu liefern. Der Gläubiger kann nicht gezwungen werden, eine andere Erfüllung vom Darlehensnehmer zu akzeptieren. Die Parteien können dafür sorgen, dass die Verpflichtung auf verschiedene Arten erfüllt wird - durch Ausstellung von Rechnungen, Überprüfung, Eröffnung eines Akkreditivs. Der Schuldner muss seine Schuld auf seine Kosten und Gefahr ordnungsgemäß und pünktlich begleichen.

Wenn die Partei scheitert, ist es eine fehlerhafte Leistung. Fehler sind in rechtliche und sachliche unterteilt. Rechtsmangel - Wenn ein Dritter ein Recht auf den Leistungsgegenstand geltend macht, ohne den Erwerber zu kennen. Fehlerhafter Mangel - Wenn die erbrachte Leistung in den von den Parteien festgelegten oder ausgehandelten Merkmalen fehlt, handelt es sich um Sachmängel. Die Haftung für Mängel hängt davon ab, ob die Mängel zu beseitigen oder irreparabel sind. Bei herausnehmbaren Mängeln kann der Erwerber eine Reparatur oder Hinzufügung von fehlenden Teilen verlangen oder das Recht auf einen Preisnachlass ausüben. Bei unvermeidbaren Mängeln, bei denen der Gegenstand nicht ordnungsgemäß verwendet werden kann, kann der Käufer angemessene Preisnachlässe auf den Preis der Waren verlangen oder, falls erforderlich, vom Vertrag zurücktreten und eine Rückerstattung verlangen.

Wenn eine der Parteien ihre **Schuld nicht ordnungsgemäß und rechtzeitig begleicht**, verspätet es sich, im Falle einer schwerwiegenden Verletzung der vertraglichen Verpflichtungen kann die andere Partei vom Vertrag zurücktreten und damit die Verpflichtung beenden.

Andere Möglichkeiten zur Erfüllung der Verpflichtungen sind Vereinbarung, Netting (wenn die Parteien wechselseitig verpflichtet sind, die gleiche Art zu leisten), Kündigung durch Zahlung einer Abfindung, Verschmelzung der Person des Gläubigers und des Schuldners, Schuldenerlass, Kündigung, Rücktritt, später Unmöglichkeit der Erfüllung und des Todes des Schuldners oder des Gläubigers.

Zusammenfassung

Durch den Vertrag haben die Parteien den Willen, sich untereinander zu verpflichten und den Inhalt des Vertrags zu regeln. Die Leistung, die Gegenstand der Verpflichtung ist, muss Natur des Eigentums sein und den Interessen des Gläubigers entsprechen, auch wenn dieses Interesse nicht nur Eigentum ist. Die Verpflichtung ergibt sich aus einem Vertrag, aus einer rechtswidrigen Handlung oder aus einem anderen rechtlichen Umstand, der nach dem Gesetz zulässig ist. Der Prozess des Vertragsabschlusses besteht aus 2 Schritten, nämlich dem Vorschlag, den Vertrag zu schließen (Angebot) und das Angebot anzunehmen (Annahme). Der Bieter (Bieter) und die Person, die das Angebot annimmt (der Akzeptant), erscheinen im Prozess des Vertragsabschlusses.

Ungültig ist ein Vertrag, bei dem jemand die Not, Unerfahrenheit, intellektuelle Schwäche, Aufregung oder Rücksichtslosigkeit der anderen Partei missbraucht und sich selbst oder einem anderen Versprechen gibt oder eine Transaktion anbietet, deren Wert es ist, sich grob zu treffen.

Von der Verpflichtung hat der Gläubiger Anspruch auf eine bestimmte Forderung gegenüber dem Schuldner, und der Schuldner ist verpflichtet, dieses Recht durch Erfüllung der Schuld zu erfüllen. Von der Verpflichtung ist der Kreditnehmer verpflichtet, etwas zu geben, etwas zu tun, sich zu enthalten oder etwas zu dulden, und der Gläubiger ist berechtigt, es von ihm zu verlangen.

Zu den häufigsten Vertragsarten gehören beispielsweise ein Kaufvertrag, ein Kredit, ein Leasingvertrag, ein Kredit, eine Kautions, ein Transportvertrag, ein Arbeitsvertrag.

Zu den Methoden der Beendigung von Verpflichtungen gehören Erfüllung, Vereinbarung, Verrechnung (wenn die Parteien gegenseitige Verpflichtungen zur Erfüllung der gleichen Art von Verpflichtungen haben), Kündigung durch Zahlung einer Abfindung, Verschmelzung der Person des Gläubigers und des Schuldners, Schuldenerlass, Kündigung, Rücktritt, anschließende Unmöglichkeit der Erfüllung und Tod des Schuldners oder des Gläubigers.

QUIZ

1. Versteht man den Vertrag generell als eine Manifestation eines Willens auf wenigstens drei Seiten?

A. Yes

B. No

2. "Die Leistung, die Gegenstand der Verpflichtung ist, muss nicht von Billigkeit sein und dem Interesse des Gläubigers entsprechen." Ist dieses Statement korrekt?

A. Yes

B. No

3. Die Verpflichtung entsteht aus...:

A. einem Vertrag

B. Einem Vertrag, aus einem rechtswidrigen Verhalten oder eine andere rechtliche Tatsache, die nach dem Gesetz zulässig ist

C. Aus einem Delikt

4. Füge das Wort hinzu: "Im Prozess des abschließen des Vertrages, die Person die _____ das Angebot anbietet als"

5. Der Gläubiger ist verpflichtet :

A. etwas zu geben,

B. etwas zu machen,

C. etwas zu unterlassen oder etwas zu tolerieren, und der Gläubiger ist berechtigt, es von ihm zu verlangen.

6. Kann bei einem Kaufvertrag über bewegliches Eigentum ein Verkaufsvertrag ohne einen Verkaufspreis abgeschlossen werden?

A. Yes

B. No

Quellen

NOVOTNÝ, Petr a kol. New Civil Code, Contract Law. Prague: Grada, 2014. p. 230

<https://www.zakonyprolidi.cz/cs/2012-89#cast4-hlava1-dil7>

ONDREJOVÁ, Dana. Guide to Contract Making. Prague: Wolters Kluwer, 2017. P. 456

KINDL, Milan. Securing and consolidating debts. Prague: C.H. Beck, 2016. p. 510

3.

Module 2

Arbeitsrecht



Jeden Tag treffen sich eine Million Menschen in der Tschechischen Republik mit dem Arbeitsrecht. Das erste Dokument auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik, das auch rechtliche Aspekte der Arbeit enthielt, war "*Ius regale montanorum*" - der höhere Code von Wenzel II. aus den Jahren 1300-1305. Das Arbeitsrecht ist historisch aus der Notwendigkeit entstanden, die schwächere Partei – die der Arbeitnehmer zu schützen. Die aggregierte Bezeichnung für alle arbeitsrechtlichen Verpflichtungen werden als Arbeitsverhältnisse bezeichnet und unterliegen dem Arbeitsgesetz, dem Neuen Bürgerlichen Gesetzbuch und dem Beschäftigungsgesetz. Das Arbeitsgesetzbuch legt die Grundprinzipien der Arbeitsbeziehungen fest und drückt Werte aus, die die öffentliche Ordnung schützen¹:

- a) besonderer rechtlicher Schutz des Status eines Arbeitnehmers,
- b) zufriedenstellende und sichere Arbeitsbedingungen,
- c) angemessene Vergütung des Arbeitnehmers,
- d) die ordnungsgemäße Ausführung der Arbeit der Arbeitnehmer im Einklang mit den berechtigten Interessen des Arbeitgebers,
- e) Gleichbehandlung der Arbeitnehmer und Verbot der Diskriminierung zwischen ihnen

Diese Arbeitsbeziehungen können individuell und kollektiv sein. Der Unterschied zwischen ihnen besteht in den Themen, zwischen denen Rechte und Pflichten entstehen. Wenn es sich um Arbeitnehmer und Arbeitgeber handelt, handelt es sich um ein individuelles Arbeitsverhältnis, während wir bei Beziehungen zwischen Gewerkschaftsorganisation und Arbeitgeber (oder Arbeitgeberverband), von kollektiven Arbeitsbeziehungen sprechen.

Die individuellen Arbeitsbeziehungen sind in grundlegende und sekundäre Beziehungen unterteilt, je nachdem, aus welchem Rechtsgebiet sie stammen. Grundlegende Arbeitsbeziehungen schließen Beziehungen ein, die auf einem Arbeitsvertrag oder einer Vereinbarung basieren, um außerhalb des Arbeitsverhältnisses zu arbeiten. In allen anderen Fällen handelt es sich um sekundäre Arbeitsverhältnisse, zum Beispiel um einen rechtswidrigen Vorgang, der die Verpflichtung einer Partei zum Ersatz des Schadens oder im Falle des Todes eines Arbeitnehmers bei Entstehung einer Haftung zwischen dem Arbeitgeber und dem überlebenden Ehegatten festlegt / Ehefrau (Gegenstand der Verpflichtung sind die

¹ Law no. 262/2006 Codex.: Labor code.

finanziellen Rechte des Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber zum Zeitpunkt seines Todes).

Das Arbeitsrecht beruht auf der Regel, dass Arbeitsbeziehungen nur mit der Zustimmung des Einzelnen und des Arbeitgebers entstehen können. Bis zur Schaffung eines Arbeitsgesetzes ist das Verhältnis zwischen den Vertragsparteien gleich. Das tschechische Arbeitsrecht unterscheidet zwei Kontexte, für das Zustandekommen einer Arbeitsbeziehung – zum einen durch Ernennung und zum anderen, begründet durch einen Arbeitsvertrag.

ARBEITSVERTRAG

In den meisten Fällen beruht das Arbeitsverhältnis auf einem Arbeitsvertrag. Das Entstehen eines Arbeitsverhältnisses nach Ernennung ist ein außergewöhnlicher Weg, der sich aus der Wahl der zuständigen Behörde ergibt.

Wie bereits erwähnt, sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer Teilnehmer individueller Arbeitsverhältnisse. Arbeitgeber können eine natürliche Person oder eine juristische Person sein. Wenn der Arbeitgeber eine natürliche Person ist, hat dieser die Fähigkeiten einer natürlichen Person, Rechte und Pflichten in Arbeitsverhältnissen als Arbeitgeber zu regeln. Die juristische Person, die als Arbeitgeber handelt, kann eine natürliche Person sein, die entsprechendes Recht hat. Co-Legitimität entsteht ab dem Erreichen des 18. Lebensjahres oder der Heirat. Häufiger jedoch ist der Arbeitgeber eine juristische Person, insbesondere eine Handelsgesellschaft. Arbeitgeber können auch die Tschechische Republik selbst als Staat sein. In diesem Fall ist die relevante organisatorische Komponente der Staat.

Arbeitnehmer kann nur eine natürliche Person sein, die Rechtspersönlichkeit und Autorität besitzt und 15 Jahre alt ist. Personen unter 15 Jahren und Personen, die die Schulpflicht nicht erfüllt haben, dürfen unter den im Beschäftigungsgesetz festgelegten Bedingungen künstlerische, kulturelle, sportliche oder werbliche Tätigkeiten ausüben.

Der Arbeitgeber ist nicht darauf beschränkt, wie er seinen Angestellten wählt, es ist die Angelegenheit des Arbeitgebers. In Bezug auf die Charta der Grundrechte und Grundfreiheiten ist es jedoch nicht möglich, einer Person das Recht auf Beschäftigung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, Sprache, Religion, politischer Meinung, Mitgliedschaft in politischen Bewegungen, Handel zu verweigern. Der Arbeitgeber ist berechtigt, vom Arbeitnehmer Daten zu verlangen, die unmittelbar mit dem Abschluss des Arbeitsvertrages vor dem Arbeitsverhältnis zusammenhängen. Das Arbeitsgesetzbuch führt die Informationen auf, die persönlicher Natur sind und nicht in direktem Zusammenhang mit der Ausführung des Arbeitsverhältnisses und des Arbeitsverhältnisses stehen. Familien- und Eigentumsangelegenheiten

- Sexuelle Orientierung
- Herkunft
- Mitgliedschaft in einer Gewerkschaftsorganisation
- Mitgliedschaft in politischen Partei
- Religiöse Überzeugung
- Integrität

Der Arbeitgeber kann diese Information auch nicht von Dritten erhalten. Der einzige Fall, in dem der Arbeitgeber diese Informationen verlangen kann, ist, wenn dieser die auszuführenden Arbeit direkt betrifft. Außerdem kann der Arbeitgeber vor Beginn des Arbeitsverhältnisses die Beschäftigten einer ärztlichen Erstuntersuchung unterziehen (z. B. bei Nacharbeit). Mit Beginn eines Arbeitsverhältnisses legt der Arbeitgeber eine Personalakte des Arbeitnehmers an, die er in Bezug auf sich selbst, Mitarbeiter und Behörden, die berechtigt sind, Informationen zu verlangen (Gerichte, Polizei, Arbeitsämter usw.), durchzuführen hat.). Dieser persönliche Datensatz enthält die Daten: Name, Vorname, Titel, Geburtsdatum und -ort, Anschrift, Nationalität, Identifikationsnummer

- Nachweis über die Schaffung, Änderung, Beendigung des Arbeitsverhältnisses
- Kopien früherer Arbeitsdokumente
- Qualifikationsdaten
- Daten zur medizinischen Arbeitsfähigkeit - ärztlicher Bericht aus der vorsorglichen Vorsorgeuntersuchung
- medizinische Fitnessdaten

Der häufigste Weg ein Arbeitsverhältnis einzugehen, ist der Abschluss eines Arbeitsvertrags. Ein Arbeitsvertrag ist ein bilateraler Rechtsgegenstand der aus einer parallelen Ansprache der natürlichen Person und des Arbeitgebers besteht, um ein Arbeitsverhältnis einzugehen.

Der Arbeitsvertrag muss grundlegende rechtliche Anforderungen erfüllen und muss schriftlich abgeschlossen werden und jede Partei muss eine Kopie des Vertrags erhalten. Der Arbeitsvertrag muss vor dem Eintritt des Arbeitnehmers in die Arbeit oder spätestens mit dem Beginn der Arbeit vor Beginn der Arbeit abgeschlossen werden. Der Arbeitsvertrag muss umfassen:

- a) die Art der Arbeit, die der Arbeitnehmer für den Arbeitgeber leistet,
- b) der Ort oder die Orte, an denen die Arbeit ausgeführt werden soll,
- c) das Datum des Beginns der Arbeit

Sofern sich die Parteien in diesen Angelegenheiten nicht einigen, wird der Arbeitsvertrag nicht entstehen.

Die Art der Arbeit definiert die Arbeitsaufgaben, zu denen der Arbeitnehmer verpflichtet ist. Mit anderen Worten, die Art der Arbeit arbeitet in einer Position, die durch die gleichzeitige Äußerung des Willens der Vertragsparteien definiert wird. Die Art der Arbeit kann enger oder weiter definiert werden, sie ist nicht gesetzlich definiert, da sie genau definiert werden kann. Der Arbeitsplatz kann auch breiter (Region), enger (spezifische Adresse) oder alternativ definiert werden. Die letzte wesentliche Voraussetzung ist der Arbeitstag, der entweder durch einen genauen Kalendertag bestimmt werden kann oder anderweitig festgelegt werden kann, beispielsweise am Tag nach dem erfolgreichen Abschluss des Studiums des Mitarbeiters. Wenn der Arbeitnehmer am vereinbarten Tag nicht zur Arbeit kommt, ohne sich zu entschuldigen, kann der Arbeitgeber vom Vertrag zurücktreten.

In einigen Ländern der Europäischen Union besteht keine Verpflichtung, Arbeitsverträge schriftlich abzuschließen, daher muss der Arbeitgeber den Arbeitnehmer schriftlich über den Inhalt des Arbeitsverhältnisses informieren.

Die Tschechische Republik als Mitgliedstaat der Europäischen Union kann ohne die Berücksichtigung der Bedingungen eines anderen EU-Mitglieds eine Beschäftigung erteilen. Wir unterscheiden drei Kategorien von Ausländern, deren Rechtsordnung anders geregelt ist:

- Ständiger Wohnsitz auf der Grundlage einer Aufenthaltserlaubnis in der Tschechischen Republik. Ihr Status wird von diesen Ausländern nach Erreichen des 15. Lebensjahres mit einer von der Polizei der Tschechischen Republik ausgestellten Aufenthaltsgenehmigung nachgewiesen. Diese Ausländer gelten als Staatsangehörige der Tschechischen Republik. Sie benötigen keine Arbeitserlaubnis und sind mit Ausnahme bestimmter Berufe, in denen das Gesetz die Staatsbürgerschaft erfordert (z. B. für den öffentlichen Dienst), bei der Auswahl der Beschäftigung nicht eingeschränkt.
- Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und ihre Familienangehörigen. Diese Bürger haben in den Arbeitsbeziehungen in der Tschechischen Republik die gleiche Rechtsstellung wie die Bürger der Tschechischen Republik. Bürger der EU benötigen daher in der Tschechischen Republik keine Arbeitserlaubnis und haben das Recht, während dieser Beschäftigungszeit zu bleiben. In ähnlicher Weise gelten EU-Bürger auch als Bürger der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) aus Norwegen, Island und Liechtenstein. Sie brauchen keine Arbeitserlaubnis
- Bürger aus Drittländern. Diese Ausländer benötigen eine Arbeitserlaubnis vom zuständigen Arbeitsamt für die Rekrutierung und während ihrer gesamten Beschäftigung in der Tschechischen Republik. Ausnahmen sind die Fälle, in denen eine andere Vereinbarung durch einen internationalen Vertrag getroffen wird, an den die Tschechische Republik gebunden ist. Diese Ausländer benötigen auch eine

Aufenthaltserlaubnis für Arbeitszwecke. Diese Erlaubnis wird ihnen von der Fremdenpolizei auf der Grundlage eines Antrags erteilt, der durch eine Arbeitserlaubnis bestätigt wird.

Wenn ein Bürger der Europäischen Union oder ein Ausländer, der ohne Arbeitserlaubnis ins Arbeitsleben eintreten muss (zum Beispiel ein Daueraufenthaltsberechtigter, ein Asylbewerber, ein Einwohner), ist der Arbeitgeber oder die juristische oder natürliche Person, der diese angehört. Eine ähnliche Verpflichtung gilt für Fälle, in denen die Dauer der Beschäftigung darauf zurückzuführen ist, dass diese Personen keine Arbeitserlaubnis mehr benötigen. Diese Verpflichtung, den Arbeitgeber zu informieren, muss innerhalb von 10 Kalendertagen nach dem Datum erfüllt werden.

Schriftliche Informationen umfassen die Aufzeichnungen, die der Arbeitgeber aufbewahren muss.

VERSCHIEDENE ARTEN DER BESCHÄFTIGUNG

Unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers können die Beschäftigungsbedingungen nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses, nach der Person des Arbeitgebers, nach dem Ort der Arbeit, nach Art der Niederlassung und Anzahl der Arbeitsstunden unterscheiden. Es wird differenziert zwischen befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen. Eine atypische Beschäftigungsform im weiteren Sinne bezieht sich auf solche Beschäftigungsverhältnisse, die nicht auf unbestimmte oder nicht ganztägige Grundlage gestellt werden. In der Praxis wird der Begriff der atypischen Beschäftigung jedoch im engeren Sinne verwendet, unabhängig von der Art der Beschäftigung und der Dauer des Arbeitsverhältnisses.

Die befristete Beschäftigung hat eine starke Präsenz auf dem Arbeitsmarkt. In der Tschechischen Republik weisen befristete Arbeitsverhältnisse einen Anteil fast 10% unter den Arbeitnehmern zwischen 15 und 64 Jahren auf. Dieser Anteil liegt unter den Durchschnitts innerhalb der EU. Befristete Arbeitsverhältnisse sind im Arbeitsgesetz geregelt. Der Unterschied zur unbefristeten Beschäftigung liegt in der Ausgestaltung der zukünftigen Dauer des Arbeitsverhältnisses. Unbefristete Arbeitsverhältnisse implizieren diverse Vorteile für die Arbeitnehmer. Sofern die Dauer des Arbeitsverhältnisses nicht ausdrücklich vereinbart wurde, besteht eine unwiderlegbare rechtliche Vermutung, dass das Arbeitsverhältnis auf unbestimmte Zeit ausgehandelt wird. Die Präferenz für eine unbefristete Arbeitsvermittlung kann auch im

Zusammenhang mit der Änderung des Arbeitsverhältnisses von einer bestimmten Zeit auf eine unbefristete Beschäftigungszeit gefunden werden.

Referenzverträge über Arbeitsverträge auf unbestimmte Zeit sind eine Konsequenz aus dem Grundsatz des besonderen Rechtsschutzstatus von Arbeitnehmern, die dem Arbeitsgesetzbuch unterliegen. Die Aushandlung der Dauer des Arbeitsverhältnisses ist daher kein wesentlicher Bestandteil des Arbeitsvertrags, sondern Verhandlungsgegenstand der beiden Parteien. Der Zweck der Aushandlung von befristeten Arbeitsverhältnissen besteht darin, die Dauer dieses Arbeitsverhältnisses zu gewährleisten. In vielen Fällen ist der Arbeitgeber nicht in der Lage, dem Arbeitnehmer einen unbefristeten Arbeitsvertrag zu gewähren, insbesondere aus betrieblichen Gründen oder einer begrenzten Dauer bestimmter Tätigkeiten oder des Mutterschaftsurlaubs. In der Praxis wird normalerweise eine Probezeit durch einen befristeten Arbeitsvertrag ersetzt. Es kann jedoch gleichzeitig als befristeter Vertrag ausgehandelt werden. Das Arbeitsgesetzbuch regelt die Probezeit und sieht vor, dass die Probezeit nicht mehr als 3 Monate ab Beginn des Arbeitsverhältnisses oder 6 Monate vom Leiter des Arbeitnehmers betragen darf. Die Probezeit darf nicht länger als die Hälfte der Dauer des befristeten Arbeitsverhältnisses verhandelt werden. Wird die Probezeit über einen Zeitraum von drei Monaten verhandelt, führt dies zur Nichtigkeit. Die Probezeit wird jedoch nur teilweise ungenau sein als die maximal vereinbarte Zeit.. Die Dauer des Arbeitsverhältnisses darf nicht länger als 3 Jahre betragen. So kann die Dauer des Arbeitsverhältnisses mit einem bestimmten Datum (z. B. bis 1. Januar 2018) oder unter Angabe eines Zeitraums (z. B. 7 Monate) vereinbart werden. Die Parteien sind auch in der Lage, die Dauer des Arbeitsverhältnisses zu bestimmen. Solche Tatsachen müssen jedoch objektiv nachweisbar sein.

In vielen Fällen wird ein befristetes Arbeitsverhältnis jedoch nur aufgrund einer besseren Arbeitgeberposition ausgehandelt. Der Arbeitgeber hat eine entspannte Situation im Falle einer Aufhebung des Arbeitsverhältnisses, die in den folgenden Kapiteln besprochen wird. Für die Arbeitgeber ist es auch vorteilhafter, ein befristetes Arbeitsverhältnis in Form von Abfindungen auszuhandeln, da die Beendigung des Arbeitsverhältnisses keine Abfindungszahlungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses beinhaltet.

Zusätzlich zu den oben genannten befristeten Arbeitsverträgen regelt das Arbeitsgesetzbuch deren Wiederholung. Die Dauer befristeter Arbeitsverhältnisse kann maximal 3 Jahre verhandelt werden und kann bis zu zweimal wiederholt werden. Eine Verlängerung des befristeten Arbeitsverhältnisses wird ebenfalls in Betracht gezogen. Die maximal mögliche Dauer des befristeten Arbeitsverhältnisses kann dann für bis zu 9 Jahre wiederholt werden.

Das tschechische Arbeitsgesetz erkennt auch die Beschäftigung von Agenturen an. Eine solche Beschäftigung wird als atypische Beschäftigungsform eingestuft, bei der ein

Arbeitnehmer nicht als Arbeitgeber für eine Arbeitsagentur arbeitet, sondern für den Arbeitnehmer. Der Mitarbeiter folgt dann den Anweisungen des Benutzers. Der Grund für unterschiedliche Regelungen für die Aushandlung und Wiederholung von befristeten Arbeitsverhältnissen ist hauptsächlich der Zweck der Agenturbeschäftigung, die dem Benutzer einen kürzeren Bedarf an bestimmten Arbeitskräften bieten soll. Die Arbeitsagentur kann eine unbegrenzte Anzahl befristeter Arbeitsverträge mit einem Angestellten aushandeln, wenn es sich um eine Arbeit für den Benutzer handelt. Die Ausnahme gilt jedoch nicht für Mitarbeiter der Arbeitsagentur, die nicht für den Nutzer arbeiten.

Zu den grundlegenden Arbeitsbeziehungen zählen nicht nur das Arbeitsverhältnis, sondern auch Rechtsverhältnisse, die auf Vereinbarungen über außerhalb des Arbeitsverhältnisses geleistete Arbeit beruhen. Obwohl Arbeitsverträge außerhalb des Arbeitsverhältnisses in der Tschechischen Republik weit verbreitet sind, werden sie als atypische Beschäftigungsformen eingestuft. Bei diesen Vereinbarungen handelt es sich um ein lockereres Arbeitsverhältnis zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer, bei dem zwischen den Parteien ein höheres Maß an Flexibilität und Vertragsfreiheit besteht. Auf der anderen Seite sind Arbeitnehmer weniger geschützt als Beschäftigte.

Im Rahmen einer ausgehandelten Vereinbarung über die Arbeitsleistung darf der Umfang der Arbeit 300 Stunden pro Kalenderjahr nicht überschreiten, wobei die Arbeit auch die Arbeit des Arbeitnehmers im Rahmen eines anderen Arbeitsvertrags mit demselben Arbeitgeber berücksichtigt. Eine Arbeitsvereinbarung kann geschlossen werden, wenn die durchschnittliche Arbeitsleistung die Hälfte der wöchentlichen Arbeitszeit nicht überschreitet. Der Umfang der Arbeit kann mehr als 300 Stunden pro Kalenderjahr betragen. Sowohl für den Arbeitsvertrag als auch für den Arbeitsvertrag sieht das Gesetz die Dauer einer solchen Vereinbarung als Vereinbarung vor. Die Vereinbarung kann jedoch auch auf unbestimmte Zeit ausgehandelt werden.

GRUNDLEGENDE VERPFLICHTUNGEN DER PARTEIEN

Die grundlegenden Verpflichtungen ergeben sich unter anderem aus dem öffentlichen Interesse des Staates an dem Schutz beider Parteien in den Arbeitsbeziehungen. Die Begrenzung der Autonomie des Staates liegt im Schutz von Werten wie dem Schutz der Gesundheit und des Lebens der Bürger sowie des Instituts für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Der Staat überwacht auch den Bereich der sozialen Angelegenheiten, zum Beispiel die staatliche Beschäftigungspolitik (Umsetzung der aktiven Beschäftigungspolitik) und die daraus resultierende Pflicht des Arbeitgebers zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Arbeitsplätzen für eine spezielle Gruppe und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Frauen, mit Betreuungsverantwortung. Auch ohne gesetzliche Verpflichtung versuchen die meisten Arbeitgeber, Menschen mit Behinderungen zu

beschäftigen.. Arbeitgeber mit mehr als 25 Arbeitnehmern mit dem Arbeitsvertrag sind verpflichtet, Personen mit Behinderungen in Höhe des Pflichtteils dieser Personen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer des Arbeitgebers zu beschäftigen. Der Pflichtanteil beträgt 4%.

Konkurrenzklausele

Der Arbeitgeber hat das Recht, die Klausel über die Wettbewerbsklausel in den Arbeitsvertrag aufzunehmen, d.h. die Vereinbarung, den Missbrauch der im Zusammenhang mit der Arbeitsleistung erworbenen Informationen zu verhindern, die der Arbeitnehmer für eine gewisse Zeit nach dem Ende zu übernehmen verpflichtet seiner Beschäftigung für einen Zeitraum von einem Jahr, von einer Erwerbstätigkeit, die identisch ist oder von Wettbewerbscharakter ist, Abstand zu nehmen. der Arbeitgeber hat das Recht dazu, aber seine Verletzung besteht darin, dass er diese Bestimmung durch seine eigene Auslegung, das heißt, gegen das Gesetz, interpretiert und vergisst, dass er verpflichtet ist, den Arbeitnehmer zu versorgen angemessener finanzieller Ausgleich, mindestens jedoch der monatliche Durchschnittsverdienst für jeden Monat der Erfüllung der Verpflichtung, jedoch nicht länger als ein Jahr. Es beruht auf der Ignoranz des Mitarbeiters und ein Teil der Leistung im Vertrag fehlt. Er sollte auch überlegen, mit welchen internen Informationen, Kenntnissen und Technologien der Mitarbeiter in Kontakt kommt. Wenn jedoch ein Arbeitnehmer eine Aufhebungsvereinbarung eingeht, zahlt der Arbeitgeber eine Barabfindung und es obliegt ihm, von einer vertragswidrigen Handlung abzusehen. Der Arbeitgeber ist auch berechtigt, eine Vertragsstrafe wegen des Verstoßes auszuhandeln oder kann vom Vertrag zurücktreten, wenn der Arbeitnehmer seine bisherige Arbeit geändert hat und nicht mehr mit wichtigen Informationen in Kontakt kommt. Umgekehrt kann ein Arbeitnehmer den Vertrag kündigen, wenn der Arbeitgeber 15 Tage nach Fälligkeit nicht zahlt.

Die Arbeitsverträge enthalten oft ein Kapitel über Sanktionen. Arbeitgeber sind der Ansicht, dass sie sie Mitarbeitern für die Verletzung ihrer Pflichten gewähren können, Sanktionen für die Nichtvorbereitung der Aufzeichnungen für die ausgeführten Transaktionen, Zusammenfassungen der vereinbarten Arbeitstreffen, vorbereitete Reisebücher zu einem bestimmten Datum des folgenden Monats oder eines Teils des Arbeitsverhältnisses Vertrag sind Sanktionen für verspätete Ankünfte. Ein solches Verfahren entspricht jedoch nicht dem Arbeitsgesetzbuch. Nach den Grundsätzen des Arbeitsgesetzes bestimmt der Arbeitgeber, dass ein Arbeitgeber dem Arbeitnehmer keine Geldstrafen für die Verletzung der sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Verpflichtungen auferlegen darf, es sei denn, es handelt sich um eine Angelegenheit, für die der Arbeitnehmer verantwortlich ist.

Erste ärztliche Untersuchung

Für bestimmte Tätigkeiten ist es die Pflicht des Arbeitgebers, dass sich der Arbeitnehmer einer ärztlichen Erstuntersuchung unterzieht. Entweder wird durch den Arbeitgeber ein Mediziner gestellt oder deren Auswahl liegt in der Verantwortung des Arbeitnehmers. Der Arbeitgeber sollte einen Arzt vorziehen, der die Arbeitsumgebung kennt.

Meldepflicht

Zum Zeitpunkt der Ankunft des ersten Mitarbeiters ist der Arbeitgeber verpflichtet, der zuständigen Krankenkasse innerhalb von 8 Tagen nach Arbeitsantritt die Basisinformation mitzuteilen und sich bei der Krankenkasse zur Bezahlung des Arbeitnehmers anzumelden. Die gleiche Verpflichtung gilt auch für das Ende des Arbeitsverhältnisses – auch hierbei liegt die zeitliche Frist bei 8 Tagen.

Arbeitszeit

Auch in der aktuellen Wirtschaftskrise muss der Arbeitgeber von der gesetzlichen Arbeitszeit ausgehen (er darf 40 Stunden pro Woche nicht überschreiten) und kann aufgrund schlechter Umsätze keine verkürzten Arbeitszeiten festlegen. Die Vereinbarung kürzerer Arbeitszeiten ist eine freiwillige Vereinbarung beider Parteien - Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Es besteht kein Rechtsanspruch auf kürzere Arbeitszeiten. Die wöchentliche Arbeitszeit darf nicht Bestandteil eines Vertrages sein.

Zu einem anderen Job wechseln

Wenn der Arbeitnehmer die Arbeit nicht gemäß seinem Arbeitsvertrag ausführen kann, ist der Arbeitgeber verpflichtet, ihn an einen anderen Arbeitsplatz zu versetzen. Bei einigen persönlichen Ereignissen im Leben des Arbeitnehmers, die es ihm unmöglich machen zu arbeiten, versucht das Arbeitsrecht die Arbeitnehmer vor der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu schützen (auch gegen seinen Willen). In solchen Situationen ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeitnehmer andere Arbeiten aufzuerlegen. Das Gesetz regelt diese Fälle im Rahmen der Änderung - obligatorisch und optional:

- Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Arbeitnehmer an einen anderen Arbeitsplatz zu übergeben
- Der Arbeitgeber kann Mitarbeiter auf einen anderen Mitarbeiter übertragen;
- Arbeitgeber überträgt Arbeitnehmer einseitig
- Arbeitgeber überträgt Arbeitnehmer mit seiner Zustimmung.

Eine Änderung des Inhalts in einem Arbeitsvertrag tritt auf, wenn der Arbeitnehmer in eine andere Art von Arbeit versetzt wird. Dies ist eine einseitige Beeinträchtigung der vereinbarten vertraglichen Arbeitsgrundlage. Der Inhalt wird geändert und der Mitarbeiter ist verpflichtet, die Arbeit entsprechend der Art der Übertragung durchzuführen. Der Arbeitgeber hat das Recht, Arbeit nach Art der Überweisung zu vergeben. Die Übertragung auf eine andere Art von Arbeit kann jedoch nur in Übereinstimmung mit dem Gesetz erfolgen.

Wir unterscheiden mehrere Situationen. Der erste, wenn der Arbeitgeber den Job nicht zuweisen kann, kann auch ohne die Zustimmung des Arbeitnehmers übertragen werden, weil die Verpflichtung gesetzlich vorgeschrieben ist. Der zweite Fall ist die Übertragung des Angestellten nach eigenem Ermessen. Die letzte Variante soll die Zustimmung des Mitarbeiters haben.

GRUNDSÄTZLICHE RECHTE VON MITARBEITERN, DIE VON RECHTSVORSCHRIFTEN AUSGEHEN

Das Arbeitsgesetzbuch hat ein höheres Schutzniveau für Arbeitnehmer, die auf der Suche nach einer Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt aus biologischen oder sozialen Gründen schlechter gestellt sind. Dies sind behinderte Menschen, Frauen und Jugendliche. Frauen dürfen keine Arbeiten ausführen, die ihre Schwangerschaft gefährden. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, sie zu den gleichen finanziellen Bedingungen auf einen anderen Arbeitsplatz zu übertragen. Für stillende Frauen sind sie verpflichtet, einen Raum für ihre Ruhe- und Stillpausen einzurichten.

Regeneration

Entspannung können wir als eine Aktivität bezeichnen, bei der ein Mitarbeiter in dieser Zeitspanne zwischen den Arbeitsschichten Kraft tanken, den Organismus wiederherstellen, regenerieren soll. Außerdem hat der Mitarbeiter eine Pause und einen Ort an dem er die Pause verrichten kann. Ruhezeiten sind keine Arbeitszeiten. Am Arbeitstag gibt es einen Wechsel von Arbeit und Ruhezeiten.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Pause in mehrere Pausen aufgeteilt werden kann. Bedingung ist, dass ein Teil der Pause mindestens fünfzehn Minuten dauert und

höchstens nach sechs Stunden ununterbrochener Arbeit eine Pause von insgesamt dreißig Minuten erfolgt.. Für länger dauernde Schichten oder nachfolgende Überstunden ist nach weiteren sechs Stunden eine Pause von dreißig Minuten erforderlich. Wenn der Arbeitnehmer Teilzeit arbeitet, also weniger als sechs Stunden Arbeitszeit, muss der Arbeitgeber ihm keine Ruhe- und Rastpausen einräumen. Die Pause ist keine Arbeitszeit, so dass der Mitarbeiter seinen Arbeitsplatz für eine bestimmte Zeit verlassen kann.

Zu den Pflichten des Arbeitgebers gehört nicht die Aufzeichnung von Pausen bei der Arbeit, sondern die Aufzeichnung von Arbeitszeit, Überstunden und Bereitschaft. Jugendliche bis 18 Jahre werden durch Arbeitsbedingungen gestraft; Pausen müssen für bis zu 4,5 Stunden ununterbrochener Arbeit vorgesehen werden.

Recht auf Lohn und Gehalt

Das Arbeitsgesetz definiert die Bereitstellung von Vergütungen für die persönliche Leistung als primäre Pflicht des Arbeitgebers.

Das Gesetz schließt die abhängige Arbeit ohne Bezahlung aus. Löhne sind Geldleistungen, die der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer für seine Arbeit gewährt.. Die Höhe der Löhne wird auf der Grundlage der Willensautonomie von den Subjekten der Arbeitsrechtsbeziehung ausgehandelt.

Die Sozialschutzfunktion des Mindestlohns sollte die Arbeitnehmer vor Armut schützen und ihnen ermöglichen, auf der Ebene bescheidener Konsum- und sozialer Kontakte zu leben. Arbeitgeber haben eine Mindestlohnschutzfunktion, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für den Lohnwettbewerb zu gewährleisten.

Die ökonomisch-kritische Funktion des Mindestlohns schafft Voraussetzungen für die Einkommensmotivation der Bürgerinnen und Bürger, Arbeit zu suchen, zu erhalten und zu verrichten, zugunsten der Arbeitnehmer durch Arbeitseinkommen für Personen mit Sozialeinkommen. Für Arbeitgeber ist der Mindestlohn das niedrigste Niveau der Lohnkosten . Wenn das Entgelt (wenn es aus dem Vertrag bezahlt oder entlohnt wird) nicht dem Mindestlohn des Kalendermonats entspricht, ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeitnehmer einen Lohnzuschlag in Höhe der Differenz zwischen dem im Kalendermonat erreichten Lohn und dem Lohn zu zahlen jeweiliges monatliches Mindestlohn oder die Differenz zwischen 1 Arbeitslohn und dem entsprechenden Mindeststundenlohn. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem Arbeitnehmer einen Zuschlag zu gewähren, unabhängig davon, ob er niedriger war oder nicht. Der Mindestlohn im Jahr 2018 beträgt 12 200 CZK / Monat für Arbeitnehmer, die mit Monatslohn für wöchentliche Arbeitsstunden von 40 Stunden entlohnt werden. Die Gehaltsabrechnung dient als einseitige Handlung des Arbeitgebers und bestimmt das Gehalt des Arbeitnehmers im öffentlichen Dienst.

Gehalt ist definiert als die vom Arbeitgeber bereitgestellten Geldleistungen des Arbeitnehmers. Daher ist es nicht möglich, einen Teil in Form einer natürlichen Erfüllung zu liefern.

Ein Gehaltstarif schafft das Recht des Arbeitnehmers auf eine bestimmte Lohnkomponente zu einem bestimmten Betrag. Die Art der Arbeit im Arbeitsvertrag und im Arbeitskatalog ist ausschlaggebend für die Aufnahme eines Mitarbeiters in einer bestimmten Besoldungsgruppe. Die geltenden Lohnsätze sind im Arbeitsgesetzbuch festgelegt.

Persönliche Hindernisse Seitens des Mitarbeiters

Das Arbeitsrecht respektiert, dass es im Leben des Arbeitnehmers objektive Gründe geben kann, die die Ausübung von Arbeit unmöglich machen. Arbeitshindernisse müssen berücksichtigt werden, wenn verhindert wird, dass Arbeitnehmer ihre Arbeit verrichten und sie von Gesetz oder Arbeitgebern anerkannt werden.

Den Mutterschaftsurlaub tritt die Arbeitnehmerin sechs Wochen vor der Geburt an. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, einen Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin bis zu einem Alter von drei Jahren auf Wunsch in Elternzeit zu nehmen.

Das Gesetz unterteilt die Barrieren des Arbeitnehmers in persönliche Barrieren für Arbeiten, bei denen er / sie die übliche Arbeit für sich selbst erledigt (vorübergehende Arbeitsunfähigkeit, Mutterschafts- und Elternurlaub, Betreuung eines Kindes unter 10 Jahren, Untersuchung oder Behandlung, Heirat) , Beerdigung, Geburt); zu Hindernissen bei der Arbeit aufgrund des allgemeinen Interesses, d.h für die Gesellschaft oder im Interesse des Staates (Ausübung öffentlicher Ämter, Blutspende, Militärdienst, Militärübung).

BEENDIGUNG DES ARBEITSVERHÄLTNISSES

Das Arbeitsverhältnis zu beenden ist für die meisten Menschen keine angenehme Angelegenheit. Ob von Seiten des Arbeitnehmers oder des Arbeitgebers.

Hat der Arbeitnehmer ein befristetes Arbeitsverhältnis, endet er mit dem Ablauf der Frist.

Vereinbarung über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Der Tag der Kündigung darf jedoch nicht auf ein bestimmtes Datum festgelegt werden, sondern auch auf eine andere Tatsache, die keine Zweifel aufkommen lässt, wie zum

Beispiel das Ende eines bestimmten Jobs oder einer bestimmten Saison. Die Vereinbarung wird wirksam, sobald die beiden Parteien eine konkrete Form der Beendigung der arbeitsrechtlichen Beziehung vereinbaren. Wenn es nicht schriftlich gemacht wird, ist es ungültig.

Zeugnis

Was die Kündigung betrifft, fällt sie im Gegensatz zur Vereinbarung in die Kategorie der einseitigen Rechtsakte. Einer der Teilnehmer, der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer, bringt den Willen zum Ausdruck, das Arbeitsverhältnis ohne Zustimmung des anderen zu beenden. Die Kündigung muss schriftlich an den anderen Teilnehmer in seinen Händen erfolgen, andernfalls wird er / sie nicht gültig. Der Arbeitnehmerschutz wird wirksam, wenn der Arbeitgeber es gibt. Er ist verpflichtet, einen klaren Erklärungsgrund anzugeben. Mitarbeiter muss nicht. Die Gründe sind im Arbeitsgesetzbuch erschöpfend aufgeführt:

- a) wenn der Arbeitgeber oder ein Teil davon entzogen wird,
- b) wenn sich der Arbeitgeber oder ein Teil des Arbeitgebers bewegt,
- c) wenn der Arbeitnehmer in Bezug auf die Entscheidung des Arbeitgebers entlassen wird,
- d) wenn der Mitarbeiter die bereits erbrachten Leistungen nicht ausführen darf
- e) Unfall bei der Arbeit, Berufskrankheit oder für die Bedrohung einer solchen Krankheit
- f) wenn der Arbeitnehmer die Voraussetzungen der gesetzlichen Vorschriften für die Ausführung der ausgehandelten Arbeit nicht erfüllt oder die Voraussetzungen für die ordnungsgemäße Ausführung der Arbeit ohne Verschulden des Arbeitgebers nicht erfüllt,
- g) wenn dem Arbeitnehmer Gründe angegeben werden, aus denen der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis sofort kündigen könnte, oder wenn er schwerwiegende Verstöße gegen die Verpflichtungen aus dem für den Arbeitnehmer geltenden Recht erlitten hat.

Eine wichtige Sicherheitsmaßnahme vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses ist die Beschränkung des Arbeitgebers gegenüber einem Arbeitnehmer, der sich für einige Zeit in einer schwierigen persönlichen oder gesundheitlichen Situation befindet. Die gesetzliche Regelung verbietet direkt die Weitergabe von Daten an solche Personen.

Die Schutzdauer wird als Schutzzeitraum bezeichnet.

Bereits oben haben wir die Gründe für die Offenlegung der Daten durch den Arbeitgeber angegeben, die folgenden sind die Fakten, wo es nicht möglich ist. Ein Beispiel ist eine vorübergehende Arbeitsunfähigkeit, wenn sie nicht beabsichtigt ist oder

nicht durch einen betrunkenen Arbeitnehmer, die Verwendung eines Suchtmittels, Schwangerschaft oder Mutterschaftsurlaub verursacht wurde. Ein angemessenes und häufiges Beispiel für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses ist die Rückkehr nach dem Mutterschaftsurlaub, und oft wird die Grundrechte der Arbeitnehmerinnen verletzt.

Am Ende des Mutterschafts- oder Elternurlaubs kann die Frau wieder arbeiten und der Arbeitgeber muss sie in eine ihrem Arbeitsvertrag entsprechende Stellung bringen. Nichtsdestoweniger gab es in jüngster Zeit Fälle, in denen Arbeitgeber Frauen nach dem Mutterschaftsurlaub und dem Elternurlaub reorganisieren, und Frauen wurden gezwungen, ihre Beschäftigung zu beenden, weil ihr Platz aus organisatorischen Gründen verschwunden sind. Arbeitgeber dürfen ihren Elternteil oder Elternteil nur dann in den Elternurlaub entlassen, wenn der Arbeitgeber abgeschafft oder umgesiedelt wird. Die bloße Entfernung des Arbeitsplatzes des Arbeitnehmers im Mutter- oder Elternurlaub ist kein Grund, das Arbeitsverhältnis zu beenden.

Sofortige Kündigung des Arbeitsverhältnisses

Dies ist ein einseitiger Rechtsakt und die Kündigung erfolgt durch Zustellung. Kündigung der steuerlichen Gründe des Arbeitgebers, wenn der Arbeitnehmer rechtskräftig wegen einer vorsätzlichen Straftat verurteilt wird oder wenn der Arbeitnehmer grob fahrlässig die Pflicht verletzt, die sich aus seiner Arbeit ergibt, und wenn der Arbeitnehmer nach Ansicht des Arztes nicht fortfahren kann zu arbeiten oder der Arbeitgeber hat seinen Lohn nicht bezahlt oder zahlen nicht innerhalb von 15 Tagen nach dem Fälligkeitsdatum.

Die Probezeit absagen

Dies ist der Beginn des Arbeitsverhältnisses, das dem gegenseitigen Verständnis von Arbeitnehmer und Arbeitgeber dient. Zu diesem Zeitpunkt kann jede Partei das Arbeitsverhältnis ohne Angabe von Gründen und ohne die Zustimmung der anderen Partei, d.h. einseitig, beenden. Natürlich ist es auch zu diesem Zeitpunkt möglich, Schutzmaßnahmen seitens des Arbeitnehmers zu finden, wenn der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis in den ersten 14 Kalendertagen der vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit nicht kündigen kann.

ZUSAMMENFASSUNG

Das tschechische Arbeitsrecht unterscheidet zwischen zwei Möglichkeiten, ein Arbeitsverhältnis zu begründen, nämlich einen Arbeitsvertrag und eine Anstellung. Die gebräuchlichste Art, das Arbeitsverhältnis zu begründen, ist der Abschluss eines Arbeitsvertrags, der jedoch keinen Arbeitsplatz schafft. Ein Arbeitsvertrag ist ein

bilateraler Rechtsstreit, der aus einer parallelen Ansprache der natürlichen Person und des Arbeitgebers besteht, um ein Arbeitsverhältnis einzugehen. Der Arbeitsvertrag muss vor dem Eintritt des Arbeitnehmers in die Arbeit oder spätestens mit dem Beginn der Arbeit vor Beginn der Arbeit abgeschlossen werden. Der Arbeitsvertrag muss die Art der Arbeit enthalten, die der Arbeitnehmer für den Arbeitgeber ausführen muss, den Ort oder die Arbeitsorte, an denen die Arbeit ausgeführt werden soll, und den Zeitpunkt des Arbeitsbeginns. In Bezug auf die Charta der Grundrechte und Grundfreiheiten ist es jedoch nicht möglich, einer Person das Recht auf Beschäftigung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, Sprache, Religion, politischer Meinung, Mitgliedschaft in politischen Bewegungen, Handel zu verweigern Gewerkschaften und andere Vereinigungen, Gesundheitszustand, Familienstand.

Unter dem Gesichtspunkt der Festlegung der Rechte und Pflichten des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers können die Beschäftigungsbedingungen nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses nach der Person des Arbeitgebers nach dem Ort der Beschäftigung nach § 3 eingeteilt werden die Art der Niederlassung und die Arbeitszeit. Während der Dauer des Arbeitsverhältnisses teilen wir die Beschäftigung in befristete und unbefristete Beschäftigung.

Zu den Rechten des Arbeitnehmers gehören das Recht auf Ruhe, das Recht auf Arbeitsentgelt, das Recht auf Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Informationen über die Risiken seiner Arbeit und Informationen über die Maßnahmen, um sie vor ihrer Tätigkeit zu schützen; Informationen müssen für die Mitarbeiter verständlich sein.

Die Einstellung des Arbeitsverhältnisses kann nur im Einklang mit dem Gesetz der Zustimmung, Kündigung, sofortigen Widerruf, Kündigung in der Probezeit sein. Hat der Arbeitnehmer ein befristetes Arbeitsverhältnis, endet er mit dem Ablauf der Frist.

QUIZ

1. Wie oft ist die Beschäftigung festgelegt?

- A. Arbeitsvertrag
- B. Ernennung
- C. Auswahl des Arbeitgebers

2. Kann der Arbeitgeber vom Arbeitnehmer Informationen wie Herkunft, sexuelle Orientierung, religiöse Überzeugung verlangen?

- A. Ja
- B. Nein

3. Ist der Mindestlohn in der Tschechischen Republik festgelegt?

A. Ja

B. Nein

4. Ist das Recht, die Rechte eines Arbeitnehmers ruhen zu lassen?

A. Ja

B. Nein

5. Ist es möglich, die Beschäftigung nach Vereinbarung zu beenden?

A. Ja

B. Nein

LITERATURVERZEICHNIS

BĚLINA, Miroslav. Employment Law. 4th edition. Prague: C.H.Beck, 2010. 624p.

HŮRKA, Petr. Employment Law. 2th edition. Plzeň: Aleš Čeněk, 2015. 575p.

Law no. 262/2006 Codex.: Labor code.

<http://www.bulletin-advokacie.cz/zamestnavani-cizincu-v-ceske-republice?browser=mobi>

PICHRT, Jan. Generally, atypical forms of employment. In: PICHRT, Jan; MORÁVEK, Jakub. (eds.)

Atypical employment - the way to higher employment? Prague: Wolters Kluwer, 2015, p. 13-14.

Employment statistics. Eurostat: Statistics Explained [online]. 2015 [cit. 30. 01. 2018].

KOTTNAUER, Antonín. Labor law in practice. Basic Labor Relations and Recodification. Prague:

Leges, 2014, p. 158

GALVAS, Milan a kol. Employment Law. 2nd edition. Brno: Masarykova univerzita, 2015, p. 259.

VYSOKAJOVÁ, Margerita a kol. Labor Code. Comment. 5th edition. Prague: Wolters Kluwer, 2015, p.

197.

PRŮŠA, L. *Economics of Social Services*. 2. edit. Prague : ASPI, a.s. , 2007. p. 11-19.

4

Modul 4

Wirtschaftsrecht



Die Anfänge des Wirtschaftsrechts lassen sich in antiken Zivilisationen finden. Derzeit ist das Handelsrecht Teil der Rechtsordnung der Tschechischen Republik; es handelt sich um einen privatrechtlichen Bereich, was bedeutet, dass die Grundsätze des Privatrechts, wie der Grundsatz der Gleichheit der Beteiligten in den handelsrechtlichen Beziehungen und der Grundsatz der Vertragsfreiheit, Anwendung finden.

Handelsrecht ist eine Reihe von Rechtsnormen, die den Eigentumsstatus von Unternehmern und die Beziehungen zwischen ihnen im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit regeln.

Business ist eine Aktivität, die von einem Geschäftsmann ausgeübt wird:

- konsistent
- unabhängig
- mit eigenem Namen
- auf eigene Verantwortung
- um Profit zu machen

All diese Geschäftszeichen müssen gleichzeitig erfüllt werden.

Ein **Geschäftsmann** ist eine Person:

- Im Handelsregister eingetragen (öffentliche Liste, in der die gesetzlichen Daten zu Unternehmern erfasst sind und in elektronischer Form gespeichert werden)
- die unter einer Handelslizenz arbeitet
- oder die unter einer nicht-gewerblichen Lizenz arbeitet
- oder die landwirtschaftliche Produktion betreibt und nach besonderen Vorschriften registriert ist

Der Unternehmer/die Unternehmerin muss sich mit den folgenden Angaben ausweisen, die er/sie in den Geschäftsunterlagen angeben muss:

-Firmenname/Name - der Name, unter dem der Unternehmer in das Handelsregister eingetragen wird, und der Name, unter dem der Unternehmer im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit Rechtsakte vornimmt. Dieser Name dient dazu, den Unternehmer, seine Produkte und Dienstleistungen zu identifizieren und ihn von anderen Unternehmern zu unterscheiden. Es hat auch eine Werbefunktion und garantiert Verbrauchern und Geschäftspartnern eine gewisse Qualität von Produkten und Dienstleistungen. Eine Person wird im Handelsregister unter einer Handelsgesellschaft eingetragen, die normalerweise in ihrem Namen gebildet wird. Der Firmenname darf nur von dem Unternehmer verwendet werden, der seinen Vornamen im Handelsregister trägt und der Name darf nicht irreführend sein.

> **Sitz - Ort / Adresse des Geschäfts**, das im Unternehmensregister eingetragen ist

> **die Rechtsform einer legalen Entität**

> **Identifikationsnummer, wenn angegeben**

Ein Unternehmen ist eine Zusammenfassung von Dingen, Rechten (Forderungen) und anderen (Goodwill), die dem Unternehmer gehören und dem Betrieb des Unternehmens dienen.

Unternehmen

Die Frage der Handelsgesellschaften wird durch das Gesetz Nr. 90/2012 Slg. über Handelsgesellschaften und Genossenschaften (Gesetz über Handelsgesellschaften) und Gesetz Nr. 89/2012 Slg. Bürgerliches Gesetzbuch geregelt.

Wirtschaftsunternehmen sind legale Entitäten, und als eine Gesamtheit von Rechten, die Rechte und Pflichten haben, sind sie daher für ihre Verpflichtungen verantwortlich. Nach dem Gesetz gelten Geschäftsunternehmen und Genossenschaften als Handelsunternehmen. Zu den Handelsgesellschaften gehören eine Aktiengesellschaft, eine Kommanditgesellschaft, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eine Aktiengesellschaft und eine europäische Gesellschaft sowie eine europäische wirtschaftliche Interessengruppe. Genossenschaften sind eine Genossenschaft und eine europäische Genossenschaft. Eine Aktiengesellschaft und eine Kommanditgesellschaft sind Partnerschaften und eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung sowie eine Aktiengesellschaft sind Kapitalgesellschaften.

Der Grund, aus dem Geschäftsunternehmen gegründet werden, ist in den meisten Fällen die Durchführung eines Geschäftsplans oder die Verwaltung ihrer eigenen Vermögenswerte. Rechtsstreitigkeiten über die Etablierung, Gründung, Änderung, Aufhebung oder Beendigung einer Handelsgesellschaft bedürfen der Schriftform mit amtlich beglaubigten Unterschriften, ansonsten sind sie ungültig. Es ist wichtig, die Gründung und Entstehung der Gesellschaft zu teilen. Die Gründung einer Handelsgesellschaft erfolgt zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Gründungsdokuments, das ein Gesellschaftsvertrag ist (siehe unten). Der Gesellschaftsvertrag zur Gründung einer Kapitalgesellschaft erfordert die Form eines authentischen Instruments. Der Kollektivvertrag, der die Partnerschaft einrichtet, wird durch die Verabschiedung von konstituierenden Sitzungen abgeschlossen. Die Gründung der Gesellschaft erfolgt erst nach Eintragung in das Handelsregister. Wird der Antrag auf Eintragung eines Unternehmens nicht innerhalb von 6 Monaten nach seiner Gründung im Handelsregister eingereicht, gelten die gleichen Auswirkungen wie im Fall des Widerrufs oder im Fall einer Partnerschaft und die Bewerber um eine Mitgliedschaft ziehen ihren Antrag zurück.

Auch nach der Gründung einer Handelsgesellschaft kann das Gericht sie auch ohne eigenen Antrag als ungültig erklären, wenn

- a) der Gesellschaftsvertrag nicht in der vorgeschriebenen Form angenommen wurde,
- b) der Mindestrückzahlungsbetrag des Kapitals nicht eingehalten wurde oder
- c) die Unfähigkeit für Rechtsakte aller Gründungsmitglieder findet

Das Gericht muss auf Antrag der Person, die ein rechtliches Interesse daran hat, oder auf Antrag der Staatsanwaltschaft, wenn es ein ernsthaftes öffentliches Interesse feststellt, die Handelsgesellschaft kündigen und ihre Liquidation anordnen, wenn

- a) alle geschäftlichen Rechte verloren hat; dies gilt nicht, wenn sie auch zum Zwecke der Verwaltung ihrer eigenen Vermögenswerte oder für andere Zwecke als das Geschäft etabliert wurde,
 - b) seine/ihre Tätigkeit länger als ein Jahr nicht ausüben kann und seinen/ihren Zweck erfüllt,
 - c) seine Tätigkeiten wegen unüberwindbaren Streitigkeiten zwischen Partnern nicht ausüben kann, oder
 - d) eine Tätigkeit betreibt, die nach einer anderen gesetzlichen Regelung nur von natürlichen Personen ohne deren Hilfe ausgeübt werden kann.
-

Die Aktiengesellschaft

Eine Aktiengesellschaft ist ein persönliches Unternehmen, gehört zu den historisch ältesten Formen von Unternehmen. Diese Geschäftsform wird in einem kleinen privaten Unternehmen verwendet, wo das Risiko einer unbegrenzten Haftung relativ gering und steuerbar ist (z. B. Handwerk, Einzelhandel, Familienunternehmen).

Grundmerkmale:

-ist eine Gesellschaft von mindestens zwei Personen, die an ihrer Geschäftstätigkeit oder der Verwaltung ihrer Vermögenswerte beteiligt ist und gesamtschuldnerisch für ihre Schulden bürgt

-Ist der Partner eine juristische Person, übt er die sozialen Rechte und Pflichten des bevollmächtigten Vertreters aus, bei dem es sich möglicherweise nur um eine natürliche Person handelt

-kann zum Zweck der Geschäfts- oder Verwaltung von eigenen Vermögenswerten entstehen

-Die Gründung eines Unternehmens hängt vom Schreiben und Unterzeichnen eines Gesellschaftsvertrages ab

Gesellschaftsvertrag

-ein Vertrag über die gegenseitigen Rechtsbeziehungen der Aktionäre und, sofern nicht anders im Gesellschaftsvertrag vereinbart, die Anteile der Aktionäre sind gleich und der Mindestbetrag des Grundkapitals wird nicht festgelegt, es sei denn, es wird auf der Grundlage eines Gesellschaftsvertrags gebildet

-es enthält auch den Namen der Gesellschaft, den Gegenstand der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft oder den Hinweis, dass sie zum Zwecke der Verwaltung ihrer eigenen Immobilie errichtet wurde, und die Identifizierung der Aktionäre durch Angabe des Namens oder des Namens, im Falle einer juristischen Person der Name,

-Der Vertrag kann nur durch die Zustimmung aller Partner geändert werden, wobei jedes Mitglied eine Stimme hat, sofern der Gesellschaftsvertrag nichts anderes bestimmt

-der Aktionär kann dem Unternehmen durch Änderung des Gesellschaftsvertrags beitreten oder sich aus dem Unternehmen zurückziehen, der beitretende Partner haftet auch für die Schulden der Gesellschaft, die vor seinem Beitritt entstanden sind aber er kann jedoch verlangen, dass andere Partner ihm eine vollständige Entschädigung für die erbrachte Dienstleistung gewähren und die damit verbundenen Kosten übernehmen

Gesetzliche Befugnis

-das statutarische Organ des Unternehmens sind alle Mitglieder des Unternehmens, die die gesetzlich festgelegten Anforderungen erfüllen, nämlich Integrität, die das Hindernis für die Ausübung eines Handels nicht erfahren hat, derjenige, in dem die Vermögenswerte oder Vermögenswerte des Unternehmens, in dem er in den letzten 3 Jahren operiert oder gearbeitet hat, Mitglied des Gremiums sind, es wurde kein Insolvenzverfahren eröffnet oder es gibt keine weiteren Hindernisse für das Amt

-ohne die Erlaubnis aller anderen Partner darf der Partner weder die Geschäfte der Gesellschaft noch andere Geschäfte tätigen oder die Geschäfte der Gesellschaft für eine andere vermitteln

-Ein Partner darf nicht Mitglied einer gesetzlichen oder anderen Körperschaft einer anderen Handelsgesellschaft mit ähnlicher Geschäftstätigkeit sein

- Gewinn und Verlust werden gleichmäßig auf die Aktionäre verteilt
- nach Beendigung der Beteiligung haftet der Partner nur für die Schulden der Gesellschaft, die vor Ablauf seiner Teilnahme entstanden sind
- Der Aktionär hat Anspruch auf einen Anteil von 25% an dem Betrag, in dem er seine Einlageverpflichtung erfüllt hat
- die Übertragung des Anteils eines Aktionärs an einer Aktiengesellschaft ist untersagt

Auflösung der Firma

Die Firma wird aufgelöst:

- a) die Aussage des Aktionärs spätestens 6 Monate vor dem Ende des Abrechnungszeitraums, am letzten Tag des Abrechnungszeitraums, sofern der Gesellschaftsvertrag die Frist nicht durch einen anderen bestimmt,
- b) an dem Tag, an dem die Entscheidung des Gerichts,
- c) der Tod des Partners, es sei denn, der Gesellschaftsvertrag erlaubt die Vererbung der Aktie,
- d) die Auflösung eines juristischen Partners, es sei denn, der Gesellschaftsvertrag erlaubt die Übertragung eines Anteils an dem Rechtsnachfolger,
- e) der Tag, an dem die Entscheidung, den Konkurs des Vermögens eines der Aktionäre zu entscheiden, oder die Ablehnung eines Antrags auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens wegen Immobilienmangels oder die Einstellung des Konkurses, weil das Eigentum des Partners völlig unzureichend ist,
- f) an dem Tag, an dem die Entscheidung, die Schulden eines der Aktionäre zu gewähren,
- g) eine endgültige Entscheidung über die Vollstreckung einer Entscheidung durch die Zugehörigkeit eines Aktionärs zu einer Gesellschaft oder durch das Gesetz der Vollstreckungsordnung, um die Beteiligung eines Gesellschafters an der Gesellschaft zu beeinträchtigen nach Ablauf der in der Aufforderung zur Erfüllung der erzwungenen Verpflichtung im Rahmen einer besonderen gesetzlichen Regelung angegebenen Frist und wenn innerhalb dieser Frist Aussetzung der Vollstreckung, die Macht der Entscheidung über diese,
- h) das Datum, an dem keiner der Partner die oben genannten Anforderungen erfüllt
- i) Ausschluss eines Mitgliedes, insbesondere wenn der Partner seine Pflichten grob verletzt oder den Zweck, für den das Unternehmen gegründet wurde, nicht erreichen kann; oder
- j) andere im Gesellschaftsvertrag festgelegte Gründe

Begrenzte Partnerschaft

Eine Kommanditgesellschaft ist Teil eines privaten Unternehmens, obwohl es kein typisches persönliches Unternehmen ist.

Grundmerkmale:

ist ein Unternehmen, in dem mindestens ein Partner für seine Schulden (Kommanditist) und mindestens ein Partner unbegrenzt (Komplementär) haftet - Die Bestimmung der Aktiengesellschaft gilt für Kommanditgesellschaften

Gesellschaftsvertrag:

- enthält die Bestimmung, welcher der Partner ein Komplementär ist und wer ein Kommanditist ist, die Höhe des Beitrags jedes einzelnen Kommanditisten
- Die Anteile der Mitkandidaten richten sich nach dem Anteil ihrer Einlagen
- der Kommanditist erfüllt die Einzahlungsverpflichtung in der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Höhe und Weise, andernfalls in bar und ohne unangemessene Verzögerung nach der Gründung seiner Beteiligung an der Gesellschaft
- Für die Schulden der Firma garantiert der Kommanditist mit den anderen Partnern gesamtschuldnerisch die Höhe ihrer unbezahlten Anzahlung, nach dem Stand der Eintragung im Handelsregister
- wenn der Gesellschaftsvertrag feststellt, dass die Kommanditisten für die Schulden der Gesellschaft bis zum angegebenen Betrag haften (limitiert), wird dieser Betrag in den Gesellschaftsvertrag eingetragen, es darf kein geringerer Betrag vereinbart werden als der Betrag der Anzahlung

Die gesetzliche Autorität

- Die satzungsmäßigen Organe der Gesellschaft sind alle Mitglieder der Gesellschaft, der Gesellschaftsvertrag kann vorsehen, dass die satzungsgemäße Körperschaft des Unternehmens nur eine der Komplementärgruppen oder eine von ihnen ist
- Sofern im Gesellschaftsvertrag nichts anderes vereinbart ist, entscheiden alle Mitglieder in Angelegenheiten, die nicht der gesetzlichen Körperschaft zuzurechnen sind, mit dem Sondervotum der Komplementär- und Sonderkommandanten
- Gewinn und Verlust werden zwischen dem Unternehmen und dem ergänzenden Unternehmen aufgeteilt, es sei denn, der Gesellschaftsvertrag bestimmt die Teilung, teilt den Gewinn und den Verlust zwischen dem Unternehmen und dem Komplementär in zwei Hälften

Die Auflösung der Firma

es genügt, die Kommanditgesellschaft abzuschaffen, dass keiner der Komplementären die Voraussetzungen erfüllt, um Mitglied eines Unternehmens nach dem Gesetz zu sein, wie Integrität, Barriere für Wartung und anderes.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist eine historisch neue Firma und eine sehr beliebte Firma. Es ist die einfachste Art von Kapitalgesellschaften, obwohl sie viele Elemente einer persönlichen Firma enthält.

Grundmerkmale:

-eine Gesellschaft, deren Schulden gesamtschuldnerisch von den Gesellschaftern in Höhe der Nichterfüllung der Einlagenverpflichtungen des im Handelsregister eingetragenen Staates zum Zeitpunkt der Erfüllung der Verpflichtung getragen werden

-ein Unternehmen mit 1-50 Aktionären

-Pfandpflicht in die Firma - Der Mindesteinzahlungsbetrag beträgt 1 CZK, es sei denn, der Gesellschaftsvertrag legt fest, dass die Höhe der Einlage höher ist

-sie sind verpflichtet, Körper zu schaffen

Gesellschaftsvertrag

der Vertrag enthält den Namen des Unternehmens, den Gegenstand der Geschäftstätigkeit oder die Tätigkeit des Unternehmens, die Identifizierung der Aktionäre unter Angabe des Namens und des Wohnorts oder des Wohnorts, die Festlegung der Aktienarten jedes Partners und die damit verbundenen Rechte und Pflichten, die Höhe der Einlage oder der Einlagen auf die Aktie oder Aktien und die Art und Weise ihrer Handlungen für das Unternehmen, die Pfandpflicht der Gründer, einschließlich der Frist für ihre Erfüllung, ein Hinweis darauf, wer die Gründer durch die Exekutive oder die Direktoren bestimmen

-der Vertrag kann durch Vereinbarung aller Aktionäre geändert werden; Für diese Vereinbarung ist ein öffentliches Dokument erforderlich

-vor Einreichung der Anmeldung zur Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister ist die gesamte Anzahlung zu leisten und mindestens 30%

-der Partner erfüllt die Pfandpflicht innerhalb der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Frist, jedoch nicht später als 5 Jahre ab dem Datum der Gründung des Unternehmens oder aus der Übernahme der Einlagepflicht für die Dauer des Unternehmens

-der Beitrag kann auch nicht-monetär sein, was von einem Experten aus der Expertenliste gewürdigt wird, Die Experten werden von den Gründern bei der Gründung des Unternehmens ausgewählt, ansonsten der Manager

-der Vertrag kann die Schaffung von verschiedenen Arten von Aktien erlauben, wenn der Gesellschaftsvertrag dies bestimmt, kann der Aktionär mehr Aktien besitzen, auch von unterschiedlicher Art

-Der Anteil des Aktionärs kann durch einen Anteilsschein vertreten sein und jeder Aktionär kann seinen Anteil auf ein anderes Mitglied übertragen

Gesetzliche Befugnis

Organe der Gesellschaft - Geschäftsführer, Hauptversammlung und Aufsichtsrat

-das gesetzliche vorgeschriebene Organ der Gesellschaft ist **ein oder mehrere Direktoren**, wenn der Gesellschaftsvertrag festgelegt wird, mehr als ein Mitglied der kollektiven Körperschaft

-die Direktoren sind verantwortlich für das Management des Unternehmens, wenn das Unternehmen mehr Direktoren hat, die keine kollektive Körperschaft bilden, ist die Zustimmung der Mehrheit der Gesellschaft erforderlich

-Der Manager sorgt für die ordnungsgemäße Führung der vorgeschriebenen Aufzeichnungen und Konten, verwaltet die Liste der Aktionäre und informiert die Aktionäre über die Angelegenheiten des Unternehmens

-Die Gesellschaft wird einen **Aufsichtsrat** einrichten, wenn der Gesellschaftsvertrag dies festlegt

-der Aufsichtsrat überwacht die Tätigkeit der Mitglieder des Verwaltungsrats, befasst sich mit den Handels- und Rechnungsbüchern, anderen Dokumenten und Abschlüssen und kontrolliert die darin enthaltenen Daten, berichtet einmal im Jahr an die Hauptversammlung, Das Mitglied des Aufsichtsrats kann kein Geschäftsführer der Gesellschaft sein

-Die Aktionäre üben ihr Recht aus, an der Verwaltung der Gesellschaft während oder außerhalb der Hauptversammlung teilzunehmen

-Die Hauptversammlung wird mindestens einmal für den Rechnungszeitraum einberufen

-Sofern im Gesellschaftsvertrag nichts anderes vereinbart ist, kann die Mitgliederversammlung angeben, ob Partner anwesend sind, die mindestens die Hälfte aller Stimmen haben (jeder Partner hat eine Stimme für jeden Beitrag von 1 CZK)

-Die Hauptversammlung entscheidet mit einfacher Mehrheit der anwesenden Aktionäre

- Die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Stimmen aller Aktionäre ist erforderlich:

a) um die Entscheidung über die Änderung des Gesellschaftsvertrages zu verabschieden

b) um zu einer Entscheidung zu kommen, die zur Änderung des Gesellschaftsvertrages führt

c) die Entscheidung, einen nicht monetären Beitrag zu akzeptieren und

d) die Entscheidung, das Unternehmen mit Liquidation abzuwickeln

-Companions sind auf der Liste der Aktionäre aufgeführt, die das Unternehmen führen

-Die Aktionäre nehmen an den von der Hauptversammlung bestimmten Gewinnen teil, die im Verhältnis ihrer Aktien an die Aktionäre ausgeschüttet werden, solange der Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt, solange der Gesellschaftsvertrag oder die Hauptversammlung etwas anderes vorgeben, wird der Anteil am Gewinn am Geld ausgezahlt

-Ein Partner kann seine Beteiligung an der Gesellschaft **durch die Ausübung eines Partners, eine Vereinbarung über die Beendigung der Beteiligung des Aktionärs, den Ausschluss des Partners, die Aufhebung der Beteiligung des Aktionärs durch das Gericht verlieren**

Auflösung der Firma

Die Firma wird durch einen Gesellschaftsvertrag aufgelöst, der die Form eines authentischen Instruments annimmt

Aktiengesellschaft

Die Aktiengesellschaft ist eine eigenständige Rechtspersönlichkeit und volle Rechtsfähigkeit.

Grundmerkmale

-eine Gesellschaft, deren Grundkapital einer bestimmten Anzahl von Aktien zugeordnet ist

-Das Unternehmen behandelt die gleichen Bedingungen mit allen Aktionären gleichermaßen

-Das Aktienkapital einer Aktiengesellschaft beträgt mindestens CZK 2.000.000 oder EUR 80.000

-die Aktie ist eine Wertpapier- oder Bucheingangs-Sicherheit, an die die Rechte des Aktionärs als Anteilseigner nach diesem Gesetz und der Satzung der Gesellschaft über seine Verwaltung gebunden sind, seine Gewinne und das Liquidationsgleichgewicht bei seiner Auflösung mit Liquidation

Satzungen

-Die Gründung einer Gesellschaft erfordert die Verabschiedung einer Satzung, die Person, die die Satzung angenommen hat und an der Zeichnung der Aktien beteiligt ist, ist der Gründer

-Die Satzung enthält den Namen und den Gegenstand des Geschäfts oder der Tätigkeit, die Höhe des Aktienkapitals, die Anzahl der Aktien, ihren Nennwert, die Feststellung, ob und wie viele

Aktien im Namen des Aktionärs oder der Anteilhaber sein werden, wenn Aktien verschiedener Arten ausgegeben werden sollen, die Anzahl der Stimmen, die zu einer Aktie gehören, und die Art der Abstimmung in der Hauptversammlung; Wenn die Aktien mit verschiedenen Nennwerten ausgegeben werden sollen, enthält die Satzung auch die Anzahl der Stimmen, die sich auf die Höhe des Nennwerts der Aktien und die Gesamtzahl der Stimmen in der Gesellschaft beziehen, ein Hinweis auf die interne Struktur des Unternehmens und die Regeln zur Bestimmung der Anzahl der Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats, andere Daten, wenn dieses Gesetz dies vorsieht

Gesetzliche Autorität

-Körperschaften: der Verwaltungsrat (die Geschäftsführung der Gesellschaft) und der Aufsichtsrat (über die Ausübung der Befugnisse des Verwaltungsrats und der Aktivitäten des Unternehmens) = duales System

-der Verwaltungsrat (3 Mitglieder) und der gesetzliche Direktor (vom Vorstand ernannt) = monistisches System

-Ein Unternehmen kann das System seiner internen Struktur ändern, indem es seine Satzungen ändert

-Die Aktionäre üben ihr Recht aus, an der Verwaltung der Gesellschaft während oder außerhalb der Hauptversammlung teilzunehmen

-Die Hauptversammlung ist in der Lage zu zitieren, wenn Anteilsinhaber, die Aktien halten, deren Nennwert oder Anzahl 30% des Grundkapitals übersteigt, anwesend sind, sofern die Satzung nichts anderes bestimmt

-Die Hauptversammlung entscheidet durch Beschluss und Mehrheit der anwesenden Aktionäre

-der Aktionär zahlt den Ausgabepreis der gezeichneten Aktien zu dem Zeitpunkt, der in der Satzung oder in der Entscheidung der Hauptversammlung zur Erhöhung des Grundkapitals festgelegt ist, spätestens jedoch 1 Jahr nach der Gründung der Gesellschaft oder aus der Erhöhung des Grundkapitals

-der Aktionär kann nicht von der Einlagepflicht befreit werden, wenn es sich nicht um eine Herabsetzung des Aktienkapitals handelt

-Wenn der Aktionär in Verzug ist oder einen Teil der Einlage hält, fordert der Verwaltungsrat den Verwaltungsrat auf, ihn innerhalb der in der Satzung der Gesellschaft vorgesehenen zusätzlichen Frist zu erfüllen, andernfalls innerhalb von 60 Tagen ab dem Datum der Zustellung der Mitteilung

-Der ausgeschlossene Aktionär garantiert die Rücknahme des Ausgabepreises der gezeichneten Aktien

-Der Aktionär ist berechtigt, an der Hauptversammlung teilzunehmen und abzustimmen; die Satzung kann die Ausübung des Stimmrechts durch die Festlegung der höchsten Stimmenzahl eines Aktionärs beschränken

-wenn die Satzung dies festlegt, werden die Mitglieder der Organe der Gesellschaft durch eine kumulative Abstimmung gewählt

Auflösung des Unternehmens

-Die Entscheidung, die Beschränkung aufzuheben, ist Sache der Generalversammlung, für die die Zweidrittelmehrheit der Aktionäre erforderlich ist

Kooperative

Es bestehen enge Beziehungen zwischen Unternehmen und Genossenschaften, auch wenn sie voneinander getrennt sind.

Grundmerkmale

-eine Gemeinschaft von nicht festgeschriebenen Personen, die zum Zweck der gegenseitigen Unterstützung ihrer Mitglieder oder Dritter gegründet wurde, möglicherweise zum Zwecke der Geschäftsabwicklung

-hat wenigstens drei Mitglieder

-Gründer der Genossenschaft ist die Person, die den Antrag bei der Gründungsgenossenschaft spätestens zum Beginn der konstituierenden Sitzung eingereicht hat, hat es nicht zurückgenommen, sein Antrag wurde genehmigt und hat die Bedingungen für die Mitgliedschaft und seine Schaffung, außer der Erfüllung der Pfandpflicht oder der Schaffung eines Arbeitsverhältnisses erfüllt

-Die Genossenschaft kann Wohneigentum sein =Um die Wohnbedürfnisse ihrer Mitglieder zu sichern, kann sie Wohnhäuser mit Wohnungen und Nichtwohnräumen verwalten, die anderen Personen gehören, sozial = entwickelt systematisch gemeinschaftsbasierte Aktivitäten zur Förderung des sozialen Zusammenhalts zum Zwecke der Arbeit und sozialen Integration benachteiligter Personen in die Gesellschaft, mit der Priorität, lokale Bedürfnisse zu erfüllen und lokale Ressourcen entsprechend dem Wohnort und der Kompetenz der Sozialgenossenschaft zu nutzen, insbesondere im Bereich der Schaffung von Arbeitsplätzen, sozialer Dienste und Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnungswesen und nachhaltige Entwicklung

Satzungen

-Die konstituierende Sitzung der Genossenschaft wählt zusätzlich zur Annahme der Satzung die Mitglieder der Genossenschaften und genehmigt die Art und Weise der Erfüllung des Grundbeitrags und gegebenenfalls den Eintrittspreis

-Der Entwurf der Satzung wird von einem Mitautor verfasst, bei dem es sich um eine natürliche Person handelt, die vom Antragsteller für die Gründung einer Genossenschaft schriftlich dazu ermächtigt wurde

Gesetzliche Autorität

Genossenschaften sind

a) Mitgliedstreffen - die Mitglieder der Genossenschaft, der Liquidator und die Personen, denen eine andere gesetzliche Regelung zur Teilnahme an einer Mitgliederversammlung berechtigt ist, können zurücktreten, wenn die Mehrheit der Mitglieder mit der Mehrheit aller Stimmen anwesend ist, die Mitglieder der Kooperative, jedes Mitglied hat eine Stimme in einer Abstimmung

b) der Aufsichtsrat - es ist das statutarische Organ einer Genossenschaft, es ist verantwortlich für die Leitung der Genossenschaft, es erfüllt die Beschlüsse einer Mitgliederversammlung, sofern es nicht im Widerspruch zu den gesetzlichen Vorschriften steht, sorgt für die ordnungsgemäße Führung der Buchführung, legt der Mitgliederversammlung die Abschlüsse und die Gewinne oder Verluste zur Genehmigung vor, hat drei Mitglieder, wählt seinen Vorsitzenden und gegebenenfalls einen oder mehrere Vizepräsidenten, es sei denn, die Satzung bestimmt, dass sie von einer Hauptversammlung gewählt werden, mit der Mehrheit aller ihrer Mitglieder

c) die Prüfungskommission - kontrolliert alle Aktivitäten der Genossenschaft, diskutiert die Beschwerden der Mitglieder und kann Informationen und Unterlagen über die Geschäftsführung der Genossenschaft verlangen, In Ausübung ihrer Zuständigkeit ist die Kommission unabhängig von den anderen Organen der Genossenschaft, gibt eine schriftliche Stellungnahme zu jedem Finanzbericht ab, zur Zahlung des Verlusts der Genossenschaft und zum Vorschlag für eine Entscheidung über die Zahlung der Mitgliedsbeiträge, auf die von der Prüfungskommission festgestellten Unzulänglichkeiten gegenüber dem Verwaltungsrat zur Überwachung der Wiederherstellung, auf 3 Mitglieder, zur Wahl seines Vorsitzenden und gegebenenfalls eines oder mehrerer stellvertretender Vorsitzender

d) andere durch Gesetz geschaffene Organe

-ein Mitglied der Genossenschaft kann nur Mitglied der Genossenschaft sein, wobei jedes Mitglied der Genossenschaft eine Stimme in der Genossenschaft hat, die Amtszeit darf 5 Jahre nicht überschreiten, die Amtszeit der Mitglieder des gewählten Organs endet mit allen seinen Mitgliedern in gleicher Weise

-in einer Genossenschaft mit weniger als 50 Mitgliedern können die Statuten vorsehen, dass der Verwaltungsrat nicht gegründet ist und das statutarische Organ der Vorsitzende der Genossenschaft ist

- Jedes Mitglied nimmt am Grundkapital der Genossenschaft mit einem Grundbeitrag teil
- Die Höhe der Basismitgliedschaft ist für alle Mitglieder der Genossenschaft gleich, die Einzahlungsverpflichtung im Bereich der Differenz zwischen der Grundbeitragszahlung und der Einzahlungseinzahlung muss innerhalb der in der Satzung festgelegten Frist, die 3 Jahre nicht übersteigen darf, erfüllt sein

Auflösung der Firma

- Die Genossenschaft wird durch Beschluss eines Mitgliedertreffens aufgelöst, durch eine gerichtliche Entscheidung, nach Ablauf der Zeit, für die die Genossenschaft gegründet wurde, durch die Erreichung des Zwecks
-

Zusammenfassung

Business ist eine Aktivität, die von einem Geschäftsmann konsequent, unabhängig, mit eigenem Namen, auf eigene Verantwortung und um einen Gewinn zu machen, betrieben wird. Alle diese Geschäftszeichen müssen gleichzeitig erfüllt sein.

Ein Unternehmer ist eine im Handelsregister eingetragene Person (öffentliche Liste, in der die gesetzlichen Daten zu Unternehmern erfasst sind und in elektronischer Form geführt werden), die mit einer Gewerbeberechtigung Geschäfte macht oder Geschäfte unter einer Nichthandelslizenz macht, oder der landwirtschaftliche Produktion betreibt und nach besonderen Vorschriften registriert ist.

Die Frage der Handelsgesellschaften wird durch das Gesetz Nr. 90/2012 Slg. über Handelsgesellschaften und Genossenschaften (Gesetz über Handelsgesellschaften) und Gesetz Nr. 89/2012 Slg. Bürgerliches Gesetzbuch geregelt.

Wirtschaftsunternehmen sind legale Entitäten und als eine Gesamtheit von Rechten, die Rechte und Pflichten haben, sind sie daher für ihre Verpflichtungen verantwortlich. Nach dem Gesetz gelten Handels- und Genossenschaften als Handelsunternehmen. Zu den Handelsgesellschaften gehören eine Aktiengesellschaft, eine Kommanditgesellschaft, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eine Aktiengesellschaft und eine europäische Gesellschaft sowie eine europäische wirtschaftliche Interessengruppe. Genossenschaften sind eine Genossenschaft und eine europäische Genossenschaft.

Quiz

1. Ist diese Aussage korrekt? "Unternehmertum ist eine Tätigkeit, die der Unternehmer fortlaufend eigenständig, in eigenem Namen, eigenverantwortlich ausführt, ohne Gewinn machen zu müssen. "

- A. Ja
- B. Nein

2. Ist diese Aussage korrekt? "Eine öffentliche Liste mit den gesetzlich vorgeschriebenen Daten über Unternehmer, die in Papierform geführt werden " .

- A. Ja
- B. Nein

3. Ist diese Aussage korrekt? "Ein Businessmann kann nur ein Individuum sein."

- A. Ja
- B. Nein

4. Zu kommerziellen Unternehmen zählt man:

- A. Eine Genossenschaft
- B. Eine begrenzte Partnerschaft
- C. Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- D. Eine Aktiengesellschaft
- E. Gesellschaft mit beschränkter Haftung

5. Die Gründung einer Handelsgesellschaft erfolgt:

- A. den Zeitpunkt der Unterzeichnung des Gründungsdokuments
- B. durch Schreiben an den Händler
- C. durch Abschluss einer Vereinbarung über Form und Inhalt des Gründungsdokuments
- D. Durch die Gründungsvereinbarung

6. Persönliche Partnerschaften beinhalten:

- A. Begrenzte Partnerschaft
- B. Aktiengesellschaft
- C. Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- D. Genossenschaft

7. Der Mindestzahlungsbetrag in einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist:

- A. 100 CZK
- B. 1 000 000 CZK
- C. 1 CZK
- D. 10 000 CZK

Quellen

<https://www.zakonyprolidi.cz/cs/2012-89>

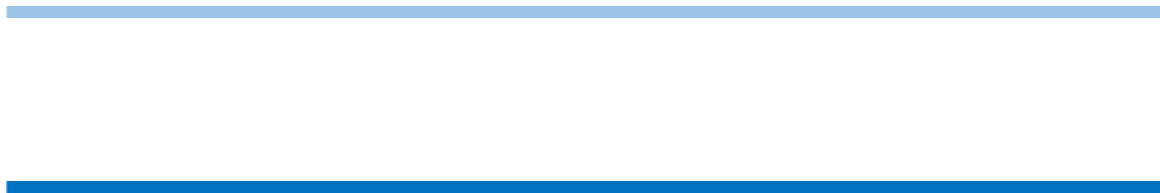
<https://www.zakonyprolidi.cz/cs/2012-90/zneni-20170114>

POKORNÁ, HOLEŠOVSKÝ, LASÁK, PEKÁREK A KOL. Business companies and cooperatives. Prague: C.H.Beck, 2014. p.448

5.

Module 5

Wichtige Aspekte des Zivilrechts und des öffentlichen Rechts



GÜLTIGE EHE UND SCHEIDUNG

Die Ehe ist in der Tschechischen Republik durch das Zivilgesetzbuch im Familienrecht als Privatrecht geregelt. Zu den Grundprinzipien des Familienrechts gehören das Prinzip der Kinderfürsorge, der Grundsatz der Gleichheit der Familienrechtssubjekte und der Grundsatz der gegenseitigen Unterstützung.

Die Ehe ist eine dauerhafte Verbindung zwischen Mann und Frau, dessen Hauptzweck darin besteht, eine Familie zu gründen, Kinder angemessen zu erziehen und einander zu unterstützen und zu helfen.

Die Eheschließung erfolgt mit vollständig freiem Willen von Männern und Frauen (Brautpaar). Es wird zwischen bürgerlicher und religiöser Ehe unterschieden. Wird die Eheschließung vor einer Behörde in Gegenwart des Standesbeamten durchgeführt, handelt es sich um eine standesamtliche Trauung, findet sie hingegen in einer kirchlichen Einrichtung oder einer religiösen Organisation statt, handelt es sich um eine kirchliche Trauung. Wenn eine Ehe beschlossen werden soll, muss der Ehegatte zuerst eine Bescheinigung des Standesamtes, in dessen Zuständigkeitsbereich die Ehe geschlossen werden soll, vorlegen. Die Bescheinigung muss eine Erklärung enthalten, dass der Ehegatte alle Anforderungen erfüllt hat, die das Ehegesetz vorsieht. Die Trauung zur Eheschließung muss innerhalb von sechs Monaten nach der Ausstellung des Zertifikats erfolgen.

Die Trauung ist öffentlich und festlich und geschieht in Anwesenheit von zwei Trauzeugen. Im Rahmen der Eheschließung wird auch der gemeinsame Nachname festgelegt, oder aber (wenn jeder der Partner seinen Namen behalten möchte) es wird festgelegt, welchen der Namen die gemeinsamen Kinder bekommen sollen.

Ein Bürger der Tschechischen Republik kann auch außerhalb des Hoheitsgebiets der Republik vor der diplomatischen Vertretung oder der konsularischen Vertretung der Tschechischen Republik heiraten.

Rechtliche Hindernisse für die Ehe

- *Minderjährige dürfen keine Ehe schließen*

In Ausnahmefällen kann das Gericht die Eheschließung mit einem Minderjährigen, der nicht vollberechtigt ist und die Volljährigkeit erreicht hat, genehmigen, wenn wichtige Gründe dafür vorliegen.

- *Eine Ehe kann nicht von einer Person geschlossen werden, deren Zuständigkeit in diesem Bereich beschränkt ist*
- *Eine Ehe kann nicht durch eine Person geschlossen werden, die bereits verheiratet war, oder eine Person, die zuvor eine eingetragene Partnerschaft oder eine andere ähnliche im Ausland eingetragene Partnerschaft eingegangen ist und diese Ehe, eingetragene Partnerschaft oder andere ähnliche Ausländer, die im Ausland geschlossen wurden*
- *Eine Ehe kann nicht innerhalb der Primärfamilie geschlossen werden; Gleiches gilt für Personen, deren Verwandtschaft durch Adoption festgelegt ist*
- *Eine Ehe kann nicht zwischen dem Vormund und dem Vormund, zwischen dem Kind und der Person, in deren Gewahrsam das Kind anvertraut wurde, oder der Pflegeeltern und dem betrauten Kind geschlossen werden*

Wurde eine Ehe trotz oben genannter rechtlicher Hindernisse geschlossen, kann sie für ungültig erklärt werden.

Eine Ehe kann nicht für ungültig erklärt werden, wenn sie nicht mehr besteht oder wenn eine Korrektur bereits stattgefunden hat. Eine Ehe kann auch dann nicht für nichtig erklärt werden, wenn sie von einem Minderjährigen geschlossen wurde, der

nicht voll berechtigt ist, oder von einer Person, deren Rechtsfähigkeit in diesem Bereich beschränkt ist und ein lebend geborenes Kind zur Welt gekommen ist.

Pflichten und Rechte der Ehegatten

Ehepartner haben die gleiche Verantwortung und die gleichen Rechte. Ehepartner sind verpflichtet, einander zu respektieren; Sie sind verpflichtet zusammen zu leben, treu zu sein, die Würde des anderen zu respektieren, sich selbst zu fördern, eine Familiengemeinschaft zu pflegen, ein gesundes Familienumfeld zu schaffen und gemeinsam für Kinder zu sorgen.

Die Ehegatten haben das Recht einander in bürokratischen/ formellen Angelegenheiten zu vertreten und haben eine gegenseitige Unterhaltspflichten, soweit sie beide im Wesentlichen das gleiche materielle und kulturelle Niveau bieten.

Die Unterhaltspflichten gegenüber dem Kind sind den Unterhaltsverpflichtungen gegenüber dem Partner vorangestellt.

Was dem Ehemann gehört, hat einen Vermögenswert und ist nicht vom Gesetz ausgeschlossen, ist Teil des Miteigentums der Ehegatten. Dies gilt nicht, wenn das Gemeineigentum aufgrund des Gesetzes nicht mehr besteht.

Beendigung der Ehe

Die Ehe erlischt nur für die Zwecke des Gesetzes, durch Scheidung, durch den Tod eines der Ehegatten, durch die Erklärung der Toten.

Die Ehe kann geschieden werden, wenn das Zusammenleben zutiefst, dauerhaft und irreparabel verzerrt ist und nicht erwartet werden kann, dass es wiederhergestellt wird.

Obwohl das Zusammenleben in der Ehe gestört ist, kann die Ehe nicht geschieden werden, wenn die Scheidung in Konflikt steht:

a) Im Interesse eines minderjährigen Kindes des Ehegatten, das nicht die volle Autorität erworben hat, bestimmt das Gericht auch das Interesse des Kindes an der

Eheschließung durch eine Frage des vom Gericht bestellten Vormunds für das Verfahren zur Anpassung des Ehegatten Beziehung zum Kind für die Zeit nach der Scheidung;

b) mit dem Interesse eines Ehegatten, der insbesondere nicht an der Ehescheidung wegen der Verletzung von Ehesachen teilgenommen hat und der durch die Ehescheidung besonders schwer beeinträchtigt würde, mit außergewöhnlichen Umständen zugunsten der Aufrechterhaltung der Ehe, es sei denn, die Ehegatten haben seit mindestens drei Jahren zusammen leben.

Hat der Ehegatte einen Minderjährigen, der nicht voll berechtigt ist, wird die Ehe nicht angehört, bevor er über die Umstände des Kindes in der Zeit nach der Scheidung entscheidet.

Wenn der Ehegatte der Ehescheidung durch den anderen Ehegatten beitrifft, scheiden die Ehegatten das Ehegesetz aus, ohne die Gründe für die Ehescheidung zu ermitteln, wenn sie zu dem Schluss kommt, dass der gleiche Anspruch der Ehegatten wie die Ehescheidung und die Scheidungsabsicht wahr ist und :

a) zum Zeitpunkt des Beginns des Scheidungsverfahrens dauerte die Ehe mindestens ein Jahr, und die Ehegatten haben seit mehr als sechs Monaten nicht zusammen gelebt,

b) die Ehegatten, die Eltern eines Minderjährigen sind, der nicht die volle Zuständigkeit erlangt hat, haben sich verpflichtet, die Umstände des Kindes für die Zeit nach der Scheidung anzupassen, und das Gericht hat dem Vertrag zugestimmt. Die Ehegatten haben sich bereit erklärt, ihr Vermögen, ihre Unterkunft und gegebenenfalls die Pflege für den Zeitraum nach der Scheidung anzupassen.

MIET-ABKOMMEN UND ERWERB VON IMMOBILIEN

Ein Leasingvertrag ist ein bekannter Vertragstyp, der häufig sowohl von Unternehmern als auch von Einzelpersonen getroffen wird. Der Mietvertrag wird im Bürgerliche Gesetzbuch geregelt. Durch den Mietvertrag verpflichtet sich der Vermieter, dem Mieter das betreffende Objekt zur vorübergehenden Nutzung zu überlassen. Der Mieter verpflichtet sich, dem Vermieter eine als Miete bezeichnete Vergütung zu zahlen. Gegenstand des Mietvertrages kann eine Immobilie (oder ein Teil davon) oder eine bewegliche Sache sein.

Der Mietvertrag sollte folgende Inhalte regeln:

- Datums der Vermietung des Gegenstands des Mietvertrags
- Beschreibung des Zustandes, in dem der Gegenstand des Mietvertrags bei seiner Übernahme durch den Mieter liegt
- die Höhe der Miete, die Rechte und Pflichten der Parteien, (die Kautions ist typisch)
- die Möglichkeit der vorzeitigen Beendigung des Mietverhältnisses, die Möglichkeit

Der Mietvertrag kann für eine feste oder unbestimmte Zeit ausgehandelt werden. Wenn der Vertrag die vereinbarte Zeit nicht festlegt, wird das Mietverhältnis auf unbestimmte Zeit verhandelt. Die Miete kann als exklusiv oder nicht exklusiv verhandelt werden. Bei Exklusiv-Leasing hat nur der Mieter das ausschließliche Recht, die Sache, die Gegenstand des Mietvertrages ist, zu nutzen.

Die Miete wird in der vereinbarten Höhe (Geldwert) und in den vereinbarten

Konditionen bezahlt.. Vermieter verlangen oft eine jährliche Anpassung (Erhöhung) der Mieten, um den Anstieg der Verbraucherpreisinflation widerzuspiegeln. Als Grundlage kann die Inflation jährlich vom Tschechischen Statistikamt veröffentlicht werden. Es liegt in der Vereinbarung der Parteien, ob die Miete automatisch jährlich geändert wird, oder der Mieter wird den Mieter über die Änderung der Miete (im Voraus) informieren und ob diese gegebenenfalls reduziert wird.

Das Gesetz beschränkt im Allgemeinen nicht die Höhe der Kautio (Kautio), die der Leasingnehmer dem Leasinggeber als Sicherheit für seine Verpflichtungen aus dem Leasingvertrag zur Verfügung stellen muss. Es liegt an der Entscheidung des Vermieters.

Vermieter:

- hat das Recht, seine Ansprüche gegen den Mieter durch das rechtmäßige Haftrecht zu sichern,
- ist verpflichtet, dem Mieter die ungestörte Nutzung der Immobilie für die Dauer des Mietverhältnisses zu ermöglichen
- ist nicht verantwortlich für Mängel am Mietobjekt, die zum Zeitpunkt des Abschlusses des Mietvertrags den Parteien bekannt war und die Nutzung des Falles nicht verhindert

Mieter:

- ist verpflichtet, die Sache als ordentlicher Wirtschaftsteilnehmer zu dem Zweck oder zu dem üblichen Zweck zu benutzen und die Miete zu bezahlen
- wenn der Mangel vom Vermieter behoben werden soll, kann der Mieter die Sache nur schwer nutzen und hat der Vermieter auch dann keinen Mangel erhalten, wenn der

Mieter dem Vermieter das Recht auf einen angemessenen Mietrabatt mitgeteilt hat oder er den Vermieter in Anspruch nehmen kann sich selbst reparieren und die Kosten übernehmen

- ist verpflichtet, dem Vermieter mitzuteilen, dass das Mietobjekt einen Mangel hat, der vom Vermieter behoben werden muss, sobald dieser entdeckt oder entdeckt wurde
- verpflichtet sich der Vermieter, das Mietobjekt zu besichtigen, zu verpachten oder zu betreten, um die notwendigen Reparaturen oder Wartungsarbeiten an dem Mietobjekt durchzuführen, muss der Vermieter den Mieter rechtzeitig über die Inspektion informieren

Wenn der Vermieter zustimmt, kann der Mieter eine dritte Partei des Nutzungsrechts einrichten; Wird der Mietvertrag schriftlich abgeschlossen, bedarf die Zustimmung des Vermieters ebenfalls der Schriftform.

Der Mietvertrag kann zur Kündigung des Mietobjekts, zur Vereinbarung der Parteien über die vorzeitige Beendigung des Mietverhältnisses, zur Kündigung des Mieters ohne Nachfolger, zum Ablauf der Vertragslaufzeit oder zur einseitigen Beendigung des Mietverhältnisses führen.

Das auf unbestimmte Zeit vereinbarte Mietverhältnis endet mit einer der Parteien. Wenn die Angelegenheit bewegbar ist, beträgt die Kündigungsfrist einen Monat, wenn sie unbeweglich ist, beträgt sie drei Monate. Die Aussage muss nicht gerechtfertigt sein; dies gilt nicht, wenn die Partei das Recht hat, den Mietvertrag fristlos zu kündigen.

Wenn der Mieter die Sache auch nach Ablauf der Mietzeit nutzt und der Vermieter sie nicht innerhalb eines Monats zur Herausgabe der Sache auffordert, wird der Mietvertrag unter den zuvor vereinbarten Bedingungen wiedereingeführt. Wenn die Mietdauer anfänglich mehr als ein Jahr betrug, ist sie nun für ein Jahr gültig; wenn weniger als ein Jahr, gilt es jetzt für diesen Zeitraum.

Mieten von beweglichen Sachen

Unternehmer, die auf dem Gebiet der Vermietung von Dingen Geschäfte machen, mieten eine bewegliche Sache für Geld. Es ist eher eine kurzfristige Miete. Der häufigste Fall der unternehmerischen Pacht ist die Miete der technologischen Ausrüstung, der Werkzeuge, der Ausstattung der Räume usw. Der Mieter hat das Recht, die Pacht jederzeit zu kündigen, die Amtszeit beträgt zehn Tage.

Transportmittel mieten

Durch einen Mietvertrag verpflichtet sich der Vermieter, den Mieter für eine bestimmte Zeit ein Transportmittel zu entleihen und der Mieter verpflichtet sich, die Miete an den Vermieter zu zahlen. Der Vermieter übergibt dem Mieter das Transportmittel zusammen mit den für seinen Betrieb notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Zeitpunkt, ansonsten unverzüglich nach Vertragsschluss. Mieter zahlt die Miete nach Beendigung der Nutzung des Transportmittels; Ist der Mietvertrag jedoch länger als drei Monate vereinbart, zahlt der Mieter die Miete am Ende eines jeden Kalendermonats.

STEUERLICHE VERPFLICHTUNGEN

Das Steuersystem der Tschechischen Republik ähnelt in seinen Hauptmerkmalen den Systemen der meisten fortgeschrittenen Länder. Die Steuereinnahmen stammen zu etwa gleichen Teilen aus indirekten und direkten Steuern.

Direkte Steuern umfassen: Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Grundsteuer, Kfz-Steuer, Grundsteuer.

Indirekte Steuern umfassen: Mehrwertsteuer, Verbrauchsteuer.

Die gesetzlichen Fristen für die Einhaltung der Steuervorschriften unterscheiden sich nicht nur nach der Art der Steuer, sondern auch nach dem Warenangebot oder der Art des Geschäfts. Steuerzahler.

Bei der Verbrauchsteuer in der jeweils geltenden Fassung entsteht die Steuerpflicht. Sie sind verpflichtet eine Steuererklärung am 25. Tag nach dem Ende des Besteuerungszeitraums, in dem diese Verpflichtung entstanden ist bei der Zollstelle einzureichen.

Nach den spezifischen Bestimmungen des Verbrauchsteuergesetzes haben juristische und natürliche Personen, die den Status eines Steuerpflichtigen haben, Anspruch auf Steuerrückerstattung, wenn sie Mineralöle für die Wärmeerzeugung gekauft oder selbst hergestellt und nachweislich verwendet haben.

Mehrwertsteuer

Diese bezieht sich auf:

- Lieferung von Gegenständen, die von einer steuerpflichtigen Person im Rahmen einer wirtschaftlichen Tätigkeit mit einem Erfüllungsort im Inland zu bezahlen sind,
- Erbringung von Dienstleistungen
- Erwerb von Gütern aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gegen Entgelt
- Einfuhr von Waren mit Leistungsort in der Tschechischen Republik

Ein Steuerpflichtiger ist eine natürliche oder juristische Person, die selbständig wirtschaftliche Tätigkeiten ausübt, sofern das Gesetz nichts anderes vorsieht. Staat, Regionen, Gemeinden, Organisationseinheiten des Staates, Regionen und Gemeinden,

freiwillige Gemeindeverbände, die Hauptstadt Prag und ihre Stadtbezirke sowie juristische Personen, die aufgrund besonderer Rechtsvorschriften oder aufgrund einer besonderen gesetzlichen Regelung gegründet oder gegründet wurden, werden nicht als Ausübung von Befugnissen im Bereich der Steuerpflichtigen öffentlichen Verwaltung angesehen, auch wenn sie für die Ausübung dieser Befugnisse eine Gebühr erheben. Der Steuerpflichtige wird zu einem in der Tschechischen Republik niedergelassenen Steuerpflichtigen, dessen Umsatz für maximal 12 unmittelbar vorausgehende aufeinanderfolgende Kalendermonate 1 000 000 CZK übersteigt, mit Ausnahme einer Person, die nur Steuerbefreiungen ohne Steuerabzug durchführt.

Im Rahmen des MWST-Umlageprogramms wird es bis Juli des Folgejahres verlängert, um Arbeitnehmer für Bau- oder Montagearbeiten zu versorgen, Waren als Garantie zu liefern, vom Schuldner verkaufte Immobilien zu liefern oder eine Lieferung von Anlagegold zu arrangieren. Die übertragene Steuerschuld beruht auf dem Grundsatz, dass im Falle der Erbringung von Dienstleistungen oder Waren die Mehrwertsteuer nicht vom Verkäufer, sondern vom Kunden anerkannt wird. Der Verkäufer muss einen Steuerbeleg ausstellen, in dem der MwSt.-Betrag für den aktuellen Steuerbeleg nicht angezeigt wird. Stattdessen heißt es, dass der Betrag der Steuer addiert und dem Kunden gutgeschrieben wird. Ziel ist es, Betrug und Spekulationen im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer zu vermeiden. Die Maßnahme betrifft jedoch nicht die kleinen Endverbraucher, sondern ist eine Maßnahme auf der Ebene der Mehrwertsteuerzahler und betrifft Unternehmen und Unternehmer.

Ausländer, die auf dem Gebiet der Tschechischen Republik arbeiten, haben dieselben Steuerrechte und -pflichten wie die Bürger der Tschechischen Republik und sind somit auch steuerpflichtig. Die Steueransässigen der Tschechischen Republik sind diejenigen Ausländer, die während des Steuerjahres mehr als 183 Tage in der Tschechischen Republik wohnen oder sich gewöhnlich dort aufhalten. Ein nicht

ansässiger Ausländer wohnt in der Regel nicht in der Tschechischen Republik und bleibt in der Regel nur vorübergehend hier, beispielsweise zum Zwecke der Heilung oder des Studiums usw., und hat seinen ständigen Wohnsitz in einem anderen Staat. Ein Ausländer, der Steuerzahler der Tschechischen Republik ist, hat eine allgemeine Verpflichtung in seine Steuererklärung nicht nur Einnahmen aus Quellen in der Tschechischen Republik, sondern auch seine Einkünfte aus dem Ausland aufzunehmen. Einnahmen aus dem Ausland sind Einnahmen, die aus dem Ausland fließen und im Ausland besteuert werden. Um eine Doppelbesteuerung desselben Einkommens, des gleichen Vermögens sowohl im Staat der Quelle als auch im Staat des Begünstigten zu vermeiden, und gegebenenfalls, dass einige Einnahmen nicht unbezahlt bleiben, gibt es Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Zustände.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Ehe ist eine dauerhafte Verbindung zwischen Männern und Frauen, der Hauptzweck der Ehe besteht darin, eine Familie zu gründen, Kinder angemessen zu erziehen und einander zu unterstützen und zu helfen. Die Ehe ist das Ergebnis einer freien und vollständigen Bestätigung des Willens von Männern und Frauen (Brautpaar), die beabsichtigen, zusammen zu heiraten.

Die Ehe erlischt nur für die Zwecke des Gesetzes, durch Scheidung, durch den Tod eines der Ehegatten, durch die Erklärung der Toten. Die Ehe kann geschieden werden, wenn das Zusammenleben zutiefst, dauerhaft und irreparabel verzerrt ist und nicht erwartet werden kann, dass es wiederhergestellt wird. Dies kann eine bürgerliche oder religiöse Ehe sein.

Durch den Mietvertrag verpflichtet sich der Vermieter, dem Mieter eine Wohnung zur vorübergehenden Nutzung zu verlassen. Der Mieter verpflichtet sich, dem Vermieter eine als Miete bezeichnete Vergütung zu zahlen. Gegenstand des Mietvertrages kann eine Immobilie (oder ein Teil davon) oder eine bewegliche Sache sein.

Die Steuereinnahmen stammen zu etwa gleichen Teilen aus indirekten und direkten Steuern.

Direkte Steuern umfassen: Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Grundsteuer, Kfz-Steuer, Grundsteuer.

Indirekte Steuern umfassen: Mehrwertsteuer, Verbrauchsteuer.

QUIZ

1. Fülle das fehlende Wort aus: "Die Ehe dient dem Zweck und wird ausgehend von dem vollständigen freien Willen der Männer und Frauen geschlossen."
2. Stimmt die Aussage? "Die Trauung ist privat und festlich; sie wird in Anwesenheit von zwei Zeugen durchgeführt."
A. Ja
B. Nein
3. Stimmt diese Aussage? "In der Tschechischen Republik ist nur eine religiöse Ehe möglich."
A. Ja
B. Nein

4. Stimmt diese Aussage? "Der Mietvertrag kann nur schriftlich abgeschlossen werden."

A. Ja

B. Nein

5. Fügen Sie hinzu: "Wenn der Vertrag nicht den Zeitpunkt angibt, zu dem der Vertrag abgeschlossen wird, wird der Mietvertrag abgerechnet ..."

A. für eine feste Laufzeit, ein Jahr

B. unbestimmt

C. für eine feste Laufzeit von zwei Jahren

6. Direkte Steuern beinhalten:

A. Einkommensteuer von natürlichen Personen

B. Körperschaftssteuer

C. Straßenbenutzungsgebühr

D. Mehrwertsteuer

QUELLEN

<https://www.zakonyprolidi.cz/cs/2012-89/zneni-20180101>

<https://www.zakonyprolidi.cz/cs/2004-235>

<http://www.businessinfo.cz>

NOVOTNÝ, Petr a kol. New Civil Code, Contract Law. Prague:Grada, 2014. p. 230

6

Modul 6

Datenschutz



GESETZGEBUNG ZUM SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN

Der Schutz persönlicher Daten wird in der Tschechischen Republik durch den Akt Nr. 101/ 2000 Coll gesetzlich reguliert, über den Schutz personenbezogener Daten und über Änderungen bestimmter Gesetze und anderer Rechtsvorschriften. Im tschechischen Verfassungsrecht ist der Schutz personenbezogener Daten und der Privatsphäre auch in der Charta der Grundrechte und Grundfreiheiten verankert.

Das Recht auf Schutz personenbezogener Daten wird auch durch rechtsverbindliche Instrumente geregelt. Das grundlegende außergesetzliche Recht ist das Übereinkommen Nr. 108 des Europarats vom 28. Januar 1981 über den Schutz der Individuen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten, das unter der Nr. 115/2001 Coll. veröffentlicht wurde und für die Tschechische Republik am 1. November 2001 in Kraft getreten ist. Dieses Übereinkommen wird ergänzt durch das Zusatzprotokoll des Europarats vom 8. November 2001 Nr. 181 zum Übereinkommen über den Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten über grenzüberschreitende Überwachungsbehörden und grenzüberschreitende Datenübermittlungsbehörden, verkündet unter Nr. 29 / 2005 Coll, die für die Tschechische Republik am 1. Juli 2004 in Kraft getreten ist.

Aus Sicht der Europäischen Union ist der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union die Grundlage für den Schutz von Personen. Die rechtliche Regelung beruht auf der Richtlinie 95/46 / EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz der Individuen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, die ab dem 25. Mai 2018 durch die Allgemeine Verordnung zum Schutz personenbezogener Daten (DSGVO) ersetzt wird, da sie nicht mit den technologischen Entwicklungen Schritt hält. Und das tschechische Gesetz zum personenbezogenen Datenschutz wird durch den DSGVO und den tschechischen Anpassungsakt ersetzt.

Die DSGVO ist eine rechtliche Rahmenbedingung zum Schutz der personenbezogenen Daten innerhalb der EU, dass die Rechte der Bürger gegen unautorisierte Behandlung ihrer Daten und persönlichen Daten schützt. Die DSGVO übernimmt alle existierenden Datenschutz- und Verarbeitungsprinzipien, auf denen das private System der EU steht und bestätigt, dass der Schutz innerhalb der Grenzen mit den persönlichen Daten reist.

Am 25. Mai 2018 fügt die DSGVO neue Verpflichtungen hinzu:

Aufzeichnung der Aktivitäten- alle- Aktivitäten, in denen es um die Bearbeitung persönlicher Daten geht müssen aufgenommen werden.

Meldung von Sicherheitsverletzungen-alle- Die zweite gültige Verpflichtung besagt, dass Verletzungen von persönlichen Daten innerhalb von 72 Stunden an die zuständige Datenschutzbehörde gemeldet werden müssen. Ernste Vorfälle mit schweren Konsequenzen müssen gemeldet werden. Wenn ein Datenleck auftritt, zum Beispiel in einer Bank, wo sie Geld hinterlegt haben und sie es verlieren könnten, muss die Bank sie benachrichtigen und im Extremfall es auch öffentlich machen.

Kodes und Zertifikate-freiwillig- Wenn ein Unternehmen dieselben oder sehr ähnliche Aktivitäten mit personenbezogenen Daten durchführt, kann ein Verhaltenskodex entwickelt werden, z. B. von einem Berufsverband.

Datenschutzbeauftragter-nur jemand- Behörden und andere Einrichtungen, welche Entscheidungen über Bürgerrechte und Schulen treffen, müssen einen Datenschutzbeauftragten ernennen, eine Person, welche sich mit diesem Thema befasst und auf potentielle Mängel hinweist. Man geht davon aus, dass in der relevanten Industrie die Bedeutung eines Datenschutzbeauftragten verstanden wird. Der Delegierte kann sowohl ein Angestellter als auch ein Außenseiter sein. Es ist durchaus möglich, die Möglichkeit zu nutzen, dass ein Kommissar solche Tätigkeiten für mehrere Ämter, Schulen und Krankenhäuser durchführen kann, da sie auch die Aufgabe haben müssen, einen Beauftragten für eine große Datenmenge über den Gesundheitszustand von Patienten im Informationssystem des Krankenhauses zu nominieren. Jedoch kann der Stabschef nicht Leiter der Organisation oder der IT-Abteilung sein, da dies einen Interessenkonflikt darstellen würde.

Folgenabschätzung und Konsultation der Behörde-nur jemand- Neben der Ernennung des Delegierten ist die Folgenabschätzung zum Schutz personenbezogener Daten und die vorherige Konsultation mit dem Amt für den Schutz personenbezogener Daten nicht allgemein gültig, es handelt sich um Personen, die beabsichtigen, große Risikooperationen mit personenbezogenen Daten durchzuführen, zum Beispiel groß angelegten Profilerstellungen von Menschen über das Internet, wo private Informationen für Marketingzwecke verwendet werden, oder das Risiko besteht darin, neue Technologien zu verwenden, zum Beispiel eine große Menge an Patientengesundheitsdaten. Die Liste dieser Vorgänge wird vom Amt für den Schutz personenbezogener Daten veröffentlicht.

Strafen-immer verhältnismäßig- Verstöße gegen die allgemeine Regulierung der Verpflichtungen, welche großvolumigen Risikooperationen auferlegt werden, generell Multinationalen Unternehmen, kann den maximalen großräumigen Sanktionen unterliegen. Mögliche Sanktionen für Verstöße gegen die Verpflichtungen aus der allgemeinen Verordnung sind noch angemessen und können auf keinen Fall liquidiert werden.

Persönliche Daten

Zu **persönlichen Daten** zählt man alle Informationen, die mit einem Menschen verbunden sind – > **das Datensubjekt** -> die Person, auf den sich die Daten beziehen, dieses Datensubjekt gilt als bestimmt oder bestimmbar, wenn die betroffene Person direkt oder indirekt aufgrund von insbesondere ihrer physischen, physiologischen, psychologischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität entsprechenden Elementen identifiziert werden kann.

Einige persönliche Daten sind von solcher Art, dass das Datensubjekt sich selbst in der Gesellschaft, auf der Arbeit oder Schule schaden und gegen sie diskriminieren kann. Aus diesem Grund wird eine Gruppe von Daten, die für die betroffene Person als sensibel gelten und während der Verarbeitung mit einem erhöhten Schutz versehen sind, als (erschöpfend) definiert.

Persönliche Informationen können sensibel oder anonym sein. **Sensible Daten** sind persönliche Daten über ethnische/rassische Abstammung, politische Ansichten, Mitgliedschaft in Gewerkschaften, Religion und philosophischer Glaube, Verurteilungen für eine Straftat, Gesundheit und Sexualität des Datensubjektes und die genetischen Daten des Datensubjektes, sensible Daten sind biometrisch, mit ihnen kann man das Datensubjekt als physische Person identifizieren und authentifizieren. **Eine anonyme Indikation** ist eine solche, die entweder in ihrer ursprünglichen Form oder nach der Verarbeitung nicht einem bestimmten oder identifizierbaren Datensubjekt zugeordnet werden kann.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten bezeichnet jeden Vorgang oder jede Gruppe von Vorgängen, die der für die Verarbeitung Verantwortliche systematisch mit personenbezogenen Daten automatisiert oder auf andere Weise verwaltet. Dazu gehören insbesondere das Sammeln, Speichern von Informationen, Zugreifen, modifizieren oder Ändern, Suchen, Nutzen, Übertragen, Verbreiten, Veröffentlichen, Speichern, Tauschen, Sortieren oder Kombinieren, Blockieren und Entsorgen. Automatisiert bedeutet, dass es sich um die Verarbeitung des Informationssystems handelt, das heißt durch Software, die aus der Logik automatisiert ist. Es kann daher mittels computerisierter Automatisierung vereinfacht werden.

Die Verarbeitungsgrundsätze sind:

- Legalität, Fairness, Transparenz – der Regler muss personenbezogene Daten verarbeiten aus mindestens einem rechtlichen Grund und auf die betroffene Person in transparenter und korrekter Weise,

- Zweckbeschränkung - persönliche Daten müssen für bestimmte und legitime Zwecke gesammelt werden und müssen nicht in unvereinbarer Weise mit diesen Zwecken verarbeitet werden,
- Datenminimierung - persönliche Daten müssen angemessen und relevant für den Zweck sein, für den sie verarbeitet werden,
- Richtigkeit - persönliche Daten müssen genau sein,
- Beschränkung der Speicherung - persönliche Daten sollten in einer Form gespeichert werden, die es ermöglicht, das Datensubjekt für die notwendige Zeit und der Absicht für die sie verarbeitet wurden, zu identifizieren
- Integrität und Vertraulichkeit – technische und organisatorische Sicherheit von persönlichen Daten

Das Datensubjekt hat das Recht über die Verarbeitung seiner/ihrer persönlichen Daten informiert zu werden. Dies bedeutet das Recht auf bestimmte Informationen über die Verarbeitung seiner/ihrer personenbezogenen Daten, so dass insbesondere der Grundsatz der Transparenz der Verarbeitung erfüllt wird. Dies umfasst Informationen über den Zweck der Verarbeitung, die Identität des für die Verarbeitung Verantwortlichen, seine berechtigten Interessen und die Empfänger der personenbezogenen Daten. In diesem Fall handelt es sich um ein passives Recht, da die Aktivität von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen gegenüber der betroffenen Person entwickelt werden muss, so dass die benötigten Informationen in der generellen Regulierung des Datensubjekts Zugriff bietet.

Andere Rechte des Datensubjektes, die häufig auf der (Antrags-) Aktivität der betroffenen Person beruhen, umfassen:

- das Recht auf Zugang zu persönlichen daten,
- das Recht auf Reperatur, oder Ergänzung,
- das Recht zu löschen,
- das Recht die Verarbeitung zu limitieren,
- das Recht auf Datenübertragbarkeit,
- das Recht zu widersprechen,

-das Recht, keiner automatisierten individuellen Entscheidungsfindung mit rechtlichen oder ähnlichen Auswirkungen, einschließlich Profilierung, unterworfen zu sein.

Persönlicher Datenmanager

Ein Administrator ist jede Entität, die nicht entscheidet, welche Rechtsform, welche den Zweck und die Art der Verarbeitung personenbezogener Daten festlegt, verarbeitet und dafür verantwortlich ist. Ein Administrator kann eine Person oder eine juristische Person sein, wo die juristische Person eine legale Person ist und kein Angestellter oder ein Mitglied der Firma. Die Verantwortung für die Verarbeitung personenbezogener Daten liegt bei der juristischen Person als solche.

Ein Administrator kann **den Bearbeiter** autorisieren oder autorisieren, die persönlichen Daten zu verarbeiten. Der Bearbeiter ist dann eine Person, die personenbezogene Daten unter einem speziellen Gesetz oder Administrator verarbeitet. Es liegt nicht in der Verantwortung eines Administrators, einen Bearbeiter zu beauftragen. Von einem Administrator unterscheidet sich der Bearbeiter dadurch, dass er im Rahmen einer Aktivität für einen Administrator nur solche Verarbeitungsvorgänge durchführen kann, die der Administrator der Aktivität anvertraut oder ableitet, für die der Bearbeiter vom Treuhänder beauftragt wurde. Es sei darauf hingewiesen, dass der Bearbeiter nur der Bearbeiter in Bezug auf die vom Regler zur Verfügung gestellten persönlichen Daten ist, nicht für die personenbezogenen Daten, die er für die Zwecke verarbeitet, die ihn unmittelbar betreffen. Ein typischer Bearbeiter ist beispielsweise eine externe Lohnbuchhaltungsfirma (oder ein Gewerbetreibender) oder ein Cloud-Anbieter (Repository, etc.). Wie beim Administrator bestimmt die Rechtsform nicht den Prozessor.

Die Pflichten des Administrators sind:

- a) *den Zweck bestimmen, für den personenbezogene Daten verarbeitet werden sollen,*
- b) *die Mittel und Methoden der Verarbeitung personenbezogener Daten zu bestimmen,*
- c) *nur die genauen persönlichen Daten verarbeiten, die er in Übereinstimmung mit dem Gesetz erhalten hat*

-wenn nötig aktualisieren sie die personenbezogenen Daten, wenn der für die Verarbeitung Verantwortliche feststellt, dass die von ihm verarbeiteten personenbezogenen Daten nicht in Bezug auf den beabsichtigten Zweck fehlerfrei sind, ohne unangemessene Verzögerung, ergreift angemessene Maßnahmen, insbesondere wird die Verarbeitung gesperrt und die

personenbezogenen Daten werden repariert oder ergänzt, ansonsten werden personenbezogene Daten liquidiert.

-Ungenaue personenbezogene Daten müssen gekennzeichnet sein

-Informationen über die Sperrung, Berichtigung, Ergänzung oder Liquidation personenbezogener Daten ist der Verantwortliche verpflichtet, unverzüglich an alle Empfänger weiterzugeben,

d) personenbezogene Daten zu sammeln, die nur dem beabsichtigten Zweck entsprechen und soweit dies für die Erfüllung des Zwecks erforderlich ist,

e) personenbezogene Daten nur so lange zu speichern, wie dies für die Verarbeitung erforderlich ist,

-Am Ende dieses Zeitraums dürfen personenbezogene Daten ausschließlich für Zwecke des Statistischen Bundesamtes für wissenschaftliche und archivarische Zwecke aufbewahrt werden

-wenn sie für diese Zwecke verwendet werden, muss das Recht auf Schutz vor unbefugter Beeinträchtigung des privaten und persönlichen Lebens des Subjekts respektiert und persönliche Daten so schnell wie möglich anonymisiert werden,

f) Verarbeitung personenbezogener Daten nur in Übereinstimmung mit dem Zweck, für den sie erhoben wurden

-Verarbeitung personenbezogener Daten nur innerhalb der gesetzlich festgelegten Grenzen oder, wenn die betroffene Person zuvor zugestimmt hat,

g) persönliche Informationen nur offen zu sammeln; es ist ausgeschlossen, Daten unter dem Vorwand eines anderen Zwecks oder einer anderen Aktivität zu sammeln,

h) keine personenbezogenen Daten zu verknüpfen, die für verschiedene Zwecke gewonnen wurden

Der Administrator darf personenbezogene Daten nur mit Zustimmung einer Person verarbeiten. Der Zustimmung muss spezifische, informierte und explizite Indikation seiner Wünsche gegeben werden, bei der die Person eine Deklaration oder eine andere offensichtliche Bestätigung unterzeichnet für seine Erlaubnis zur Verarbeitung seiner Daten. Es ist ein aktiver und freiwilliger Ausdruck des Willens der betroffenen Person, die dazu nicht gezwungen werden darf. Die Einwilligung ist einer der rechtlichen Gründe, aus denen der Administrator personenbezogene Daten verarbeiten und verarbeiten darf, wenn die Verarbeitung nicht Zwecken untergeordnet werden kann, für die keine Einwilligung erforderlich ist.

Die Zustimmung wird immer für einen bestimmten Verarbeitungszweck gegeben, den die betroffene Person wissen muss. Die Zustimmung ist widerruflich. Nicht immer die Einwilligung

zu widerrufen bedeutet die Verpflichtung des Administrators, persönliche Daten zu liquidieren, da die Einwilligung für einen bestimmten Zweck, für den personenbezogene Daten verarbeitet werden, verwendet wird und der für die Verarbeitung Verantwortliche personenbezogene Daten für andere Zwecke verarbeitet, für die er einen anderen rechtlichen Grund zur Verarbeitung verwendet als die Zustimmung der betroffenen Person. Mit anderen Worten, im Falle des Widerrufs der Zustimmung ist der Administrator verpflichtet, die Verarbeitung personenbezogener Daten für die in der Vereinbarung festgelegten Zwecke einzustellen. Wenn die Einwilligung der einzige rechtliche Grund für die Verarbeitung ist, folgt in der Regel die Auflösung personenbezogener Daten.

Ohne eine solche Zustimmung können sie folgendes bearbeiten:

- a) wenn es die Verarbeitung durchführt, die erforderlich ist, um die rechtlichen Verpflichtungen des für die Verarbeitung Verantwortlichen zu erfüllen,
- b) wenn die Verarbeitung für die Erfüllung des Vertrags, zu welchem das Datensubjekt auch zählt, oder für die Verhandlung des Fazits oder Modifikation des Vertrags, welches durch den Vorschlag der Person gemacht wird,
- c) wo um die vitalen Interessen des Datensubjekts zu schützen, die Zustimmung ohne unangemessene Verzögerung erhalten werden muss und wenn die Zustimmung nicht gegeben wird, muss der Administrator die Verarbeitung beenden und die Daten verwerfen,
- d) im Falle rechtmäßig offen gelegter personenbezogener Daten gemäß einer speziellen gesetzlichen Regelung, jedoch unbeschadet des Rechts auf Schutz des persönlichen und persönlichen Lebens der betroffenen Person,
- e) wo es notwendig ist, die Rechte und legitimen Interessen des Administrators zu schützen, des Empfängers oder einer anderen betroffenen Person; eine solche Verarbeitung personenbezogener Daten darf nicht dem Recht der betroffenen Person auf Schutz ihres Privat- und Privatlebens zuwiderlaufen,
- f) wenn personenbezogene Daten über einen öffentlichen Bediensteten, Beamten oder öffentlicher Vertreter, die über seine öffentlichen oder dienstlichen Tätigkeiten, seine/ihre Funktion oder seinen Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden.
- g) wenn die Verarbeitung ausschließlich zu Archivierungszwecken nach einem besonderen Recht erfolgt.

Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten stellen der Administrator und der Bearbeiter sicher, dass der betroffenen Person ihre Rechte, insbesondere das Recht auf Wahrung der Menschenwürde, nicht beeinträchtigt werden und stellt außerdem sicher, dass unbefugte Eingriffe in das Privat- und Privatleben der betroffenen Person gesichert sind. Die betroffene Person muss über den Zweck der Verarbeitung und die persönlichen Daten, denen die

Zustimmung erteilt wurde, den für die Verarbeitung Verantwortlichen und die Frist informiert werden. Die Zustimmung des Datensubjekts zur Verarbeitung der Daten muss vom Regler während der Verarbeitung gezeigt werden können. Der Widerspruch zur Bearbeitung muss schriftlich erfolgen.

Stellt der Verarbeiter fest, dass der Treuhänder gegen die in diesem Gesetz festgelegten Verpflichtungen verstößt, ist er verpflichtet, ihn unverzüglich zu benachrichtigen und die Verarbeitung personenbezogener Daten zu beenden. Unterlässt er dies, haftet er für Schäden, die der betroffenen Person gegenüber dem Administrator gesamtschuldnerisch entstehen.

Die betroffene Person kann auch Informationen über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten anfordern, in welchem Fall der Treuhänder verpflichtet ist, diese Informationen unverzüglich an die juristische Person weiterzugeben. Der Administrator ist berechtigt, eine angemessene Entschädigung für die Bereitstellung der Informationen zu verlangen, die die Kosten für die Bereitstellung der Informationen nicht übersteigen.

Sanktionen

In einigen Fällen ist eine Verletzung der kommunalen Verordnung eine Geldbuße. Bei einem Verstoß gegen die allgemeine Verordnung kann der Administrator beispielsweise davor gewarnt werden, dass die beabsichtigte Verarbeitung wahrscheinlich gegen die allgemeine Regelung verstößt oder dass ein Administrator, dessen Verarbeitung gegen die allgemeine Verordnung verstoßen hat, beraten werden kann oder kann bestellt werden, um der Anfrage der betroffenen Person zu entsprechen. Administratoren können unter anderem auch dazu bestellt werden, die Verarbeitung in Übereinstimmung mit den allgemeinen Vorschriften zu bringen.

Für jeden Einzelfall werden Bußgelder verhängt. Bei der Entscheidung, eine Geldbuße zu verhängen und über die Höhe einer Geldbuße im Einzelfall zu entscheiden, sind die folgenden Umstände angemessen zu berücksichtigen:

- a) Art, Schwere und Dauer der Zuwiderhandlung unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs oder des Zwecks der betreffenden Verarbeitung sowie die Anzahl der betroffenen Personen und das Ausmaß des ihnen entstandenen Schadens;
- b) ob die Zuwiderhandlung vorsätzlich oder fahrlässig begangen wurde;
- c) Schritte, die der Administrator oder der Auftragsverarbeiter unternommen hat, um den Schaden an den Datenobjekten zu mildern;

- d) die Verantwortungsebene des Verwalters oder Verarbeiters unter Berücksichtigung der vom Kontrolleur eingeführten technischen und organisatorischen Maßnahmen;
- e) alle relevanten früheren Verstöße des Verwalters oder Verarbeiters;
- f) das Ausmaß der Zusammenarbeit mit der Überwachungsbehörde zur Behebung des Verstoßes und zur Minderung seiner potenziellen nachteiligen Auswirkungen;
- g) die Kategorie der personenbezogenen Daten, die von der Verletzung betroffen sind;
- H) wie die Aufsichtsbehörde von der Verletzung erfuhr, insbesondere, ob der Verwalter oder der Verarbeiter den Verstoß gemeldet hatte und wenn ja, in welchem Umfang;
- i) wenn zuvor Maßnahmen gegen den Verwalter oder den Verarbeiter in Bezug auf denselben Gegenstand ergriffen wurden, die Erfüllung dieser Maßnahmen;
- j) Einhaltung der anerkannten Verhaltensregeln oder eines anerkannten Zertifizierungsmechanismus;und
- k) jeden anderen erschwerenden oder mildernden Umstand in Bezug auf die Umstände des Falles, wie etwa den erzielten finanziellen Gewinn oder die Vermeidung von Verlusten, die sich direkt oder indirekt aus dem Verstoß ergeben.

Die Höhe der Geldstrafen ist in zwei Gruppen unterteilt, je nachdem, welcher Verstoß der Administrator begangen hat. Eine Geldbuße kann bis zu 10.000.000 Euro kosten (oder bis zu 2 Prozent des weltweiten Jahresumsatzes im Falle eines Unternehmens) oder bis zu 20.000.000 Euro (oder bis zu 4 Prozent des Jahresumsatzes wenn es ein Unternehmen ist). Die Einteilung in zwei Gruppen spiegelt die Bedeutung der verletzten Verpflichtungen wider, wenn die Gruppe mit höheren Raten Verpflichtungen hat, deren Verletzung das Ausmaß des Eingriffs in das in der Allgemeinen Verordnung vorgesehene Recht auf Schutz personenbezogener Daten erhöhen dürfte.

Das Büro für den Schutz personenbezogener Daten

Das Büro für den Schutz personenbezogener Daten (OPPD) ist nicht verantwortlich für die Adaptierung des tschechischen Rechtsumfelds und die Vorbereitung auf eine allgemeine Regelung. Trotzdem unterstützt es die Arbeit der Regierung und Ministerien. Einige gesetzlich geregelte Bereiche wie Medien, Arbeitsrecht, Verhalten und Verantwortung von Minderjährigen können Gegenstand von Gesetzesänderungen sein, die von den zuständigen Ministerien

vorzugsweise in diesem Jahr ausgearbeitet werden sollten. Das Büro ist im Falle von Änderungen der Datenschutzgesetzgebung.

Seit der Annahme der Allgemeinen Verordnung hat das Amt Konsultationen mit Vertretern von Berufsverbänden, Berufsverbänden und Industrieverbänden über die Auswirkungen der Datenschutz-Grundverordnung auf den Betrieb von für die Verarbeitung Verantwortlichen und Verarbeitern durchgeführt. Insbesondere werden spezifische Vorschläge zur Behandlung der praktischen Auswirkungen der Allgemeinen Verordnung behandelt.

Das Büro für den Schutz personenbezogener Daten ist Mitglied der Regierungsarbeitsgruppe, die ab Herbst 2016 schrittweise über die Probleme und Auswirkungen der DSGVO berät. Neben den Experten des Amtes umfasst die Gruppe auch Vertreter von Ministerien, Industrie und öffentlichen Experten.

Die Einrichtung der unabhängigen Aufsichtsbehörde nach der DSGVO liegt in der Verantwortung des Staates, insbesondere der Regierung, bis zu deren Beginn. Das Amt erfüllt seine Verpflichtungen nach dem geltenden Gesetz über den Schutz personenbezogener Daten. Das Amt führte eine grundlegende Analyse der Befugnisse und Aufgaben der Aufsichtsbehörde im Rahmen der DSGVO durch und erarbeitete auf deren Grundlage die Dokumente, die dem Innenministerium zur Änderung des Gesetzes über den Schutz personenbezogener Daten vorgelegt wurden.

Das Amt ist ein unabhängiges Gremium, das bei seinen Tätigkeiten unabhängig handelt und ausschließlich durch Gesetze und andere Rechtsvorschriften geregelt wird. Das Amt kann nur auf Basis der Gesetze intervenieren.

Das Amt überwacht die Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, führt das Register der Verarbeitung personenbezogener Daten, erhält Beschwerden und Beschwerden über Verletzungen der gesetzlichen Verpflichtungen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und informiert über ihre Verarbeitung, bereitet und veröffentlicht den jährlichen Bericht über ihre Aktivitäten rechtmäßig, befasst sich mit Straftaten und gewährt Bußgelder nach dem Gesetz, sorgt für die Erfüllung von Anforderungen aus internationalen Verträgen, welche verbindlich für die Tschechische Republik sind und direkt anwendbare Vorschriften der Europäischen Union, bietet Konsultationen über den Schutz der personenbezogene Daten, kooperiert mit ähnlichen Behörden anderer Staaten, den Institutionen der Europäischen Union und den Gremien internationaler Organisationen, die im Bereich des Schutzes personenbezogener Daten tätig sind. Im Einklang mit dem EU-Recht erfüllt das Amt eine Meldepflicht über die Organe der Europäischen Union. Mitarbeiter des Amtes sind Vorsitzende, Inspektoren und andere Mitarbeiter. Die Inspektionsaktivitäten des Amtes werden von Inspektoren und autorisierten Mitarbeitern durchgeführt.

Zusammenfassung

> Die Verarbeitung von Daten, ob gesetzlich angeordnet, erfolgt nach dem Ermessen des Treuhänders oder durch Vereinbarung oder mit Zustimmung der betroffenen Personen, **muss legitim sein** und darf nicht gegen gesetzliche Vorschriften oder Moral verstoßen.

> Die gesamte Datenverarbeitung **muss auf einem der Hauptgründe beruhen** (Rechtstitel für die Verarbeitung), meistens Vertragsleistung, rechtliche Verpflichtungen oder rechtliche Genehmigung, die Ausübung öffentlicher Gewalt oder Verarbeitung auf der Grundlage der Zustimmung der betroffenen Person.

> jeder, der personenbezogene Daten erhebt, verarbeitet und speichert, muss den Zweck - **den Zweck der Datenverarbeitung** - klar definieren (definieren und erklären können).

> Alle Methoden und Formulare, Verarbeitungsumfang und Verweildauer **müssen immer dem Verarbeitungszweck entsprechen**.

> Wenn die Einzelheiten der Verarbeitung in einer öffentlich-rechtlichen Regelung festgelegt sind, können sie in der Regel nicht von ihnen abweichen. Jede Verarbeitung im öffentlichen Sektor muss eine **klare Rechtsgrundlage** haben; Eine solche Verarbeitung kann nicht durch Einwilligung in die Verarbeitung von Daten ersetzt werden.

> Sowohl der Administrator als auch die für die Verarbeitung personenbezogener Daten verantwortliche Person müssen sicherstellen, dass die personenbezogenen Daten **durch organisatorische und technische Maßnahmen** angemessen geschützt und geschützt werden - im Verhältnis zur Verarbeitungsgefahr.

> Die Verarbeitung sollte **für die betroffenen Personen gerecht, fair und transparent** sein. Die von der betroffenen Person zur Verfügung gestellten Verarbeitungsinformationen müssen **klar, eindeutig und verständlich sein, soweit dies für die jeweilige Situation angemessen ist**.

> Die Verarbeitung darf die **Privatsphäre nicht beeinträchtigen**. Die Verwalter können unterschiedliche vernünftige Mittel zur Verarbeitung wählen, aber im Falle moderner Technologien müssen sie neue Risiken und Auswirkungen auf die Privatsphäre des Einzelnen berücksichtigen. Insbesondere muss er die Rechtfertigung und Rechtfertigung für die gemeinsame Nutzung oder Veröffentlichung negativer oder anderweitig sensibler Daten prüfen.

> Nach Erfüllung des Zwecks der Verarbeitung ist die Person verpflichtet, die persönlichen Daten zu **liquidieren**. Längere Aufbewahrungsfristen können durch gesetzliche Vorschriften zur Archivierung oder spezifischen Verwendung von Daten festgelegt werden (Statistisches Amt des Staates, Kranken- und Rentenversicherung usw.).

> Innerhalb der EU ist der individuelle Schutz personenbezogener Daten gemäß der allgemeinen Verordnung (DSGVO) in jedem Mitgliedstaat gewährleistet. Der Transfer personenbezogener Daten in Länder außerhalb der Europäischen Union kann nur aufgrund zusätzlicher Regeln oder unter bestimmten Umständen, wie etwa der Durchführung eines Vertrags mit der betroffenen Person, erfolgen.

Quiz

1. Vervollständige: "Personenbezogene Informationen wären alle Informationen, die ..."

- A. Sich auf eine natürliche Person beziehen
- B. Sich auf eine juristische Person beziehen
- C. Sich auf eine natürliche oder juristische Person beziehen
- D. Sich auf Unternehmen beziehen

2. Ist diese Erklärung korrekt? " Eine sensible Person sind personenbezogene Daten von ethnischer, rassischer oder ethnischer Herkunft, politische Einstellungen, Mitgliedschaft in Gewerkschaften, Religion und Weltanschauung, Überzeugungen, Gesundheit und Sexualeben der betroffenen Person sowie die genetischen Daten der betroffenen Person . "

- A. Ja
- B. Nein

3. Füge das Wort hinzu: "Administrator ... eine natürliche / juristische Person, die den Zweck und die Mittel für die Verarbeitung personenbezogener Daten und Prozesse festlegt und für die Verarbeitung verantwortlich ist."

- A. Kann ein beliebiges Subjekt sein
- B. Es kann nur ein Subjekt geben

4. "Ohne die Erlaubnis des Datensubjektes kann der Regler die persönlichen Daten verarbeiten."

- A. Ja
- B. Nein
- C. Ja, aber nur in Ausnahmefällen

5. "Das Amt ist eine unabhängige Stelle, die unabhängig handelt und nur durch Gesetze und andere Rechtsvorschriften geregelt wird. Das Amt kann nicht selbst unter dem Gesetz eingreifen."

- A. Ja
- B. Nein

Quellen:

<https://www.uoou.cz/>

<https://www.zakonyprolidi.cz/cs/2000-101/zneni-20170701>

Beck Academy Seminars - GDPR IN PRACTICE AND LABOR MARKET -
Kalašová, Radičová, Burian, Jiráková

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/CS/TXT/PDF/?uri=CELEX:32016R0679&from=EN>